

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 8



**Italien:
General-
streik II**

S. 3

**Stellungnahmen
zum rot-grünen
Koalitionsvertrag**

S. 12

**Städtische Be-
schäftigte und
Bürger Opfer der
Steuergeschenke
an die Konzerne**

Die PDS nach dem Parteitag



S. 18



S. 14

**IT- und TK-Branche:
IG Metall kämpft
gegen die Folgen
der Krise**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40 €), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 €, Sozialabo: 33,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

KURDENVERFOLGUNG Azadi, der Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden e.V., berichtet über einen neuen Fall politischer Verfolgung:

Auch die neue Bundesregierung scheint an ihrer repressiven Politik gegenüber der kurdischen Bewegung und ihrer Vertreter/innen festhalten zu wollen. Der Mitteilung des Generalbundesanwalts (GBA) zufolge wurde der kurdische Politiker Ali K. an der deutsch-tschechischen Grenze in Sachsen festgenommen und am 14. Oktober 2002 der Ermittlungsrichter des Amtsgerichtes Pirna vorgeführt. Er befindet sich in Untersuchungshaft. Der GBA wirft Ali K. vor, „seit Jahren dem führenden Funktionskörper der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland“ angehört zu haben. Er soll „innerhalb der Führung der PKK/KADEK“ im Juni für die Gebiete Köln, Bonn, Düsseldorf und Düren verantwortlich gewesen sein. Das macht ihn nach Auffassung des GBA der Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung (§ 129 StGB) verdächtig. Bundesregierung und Strafverfolgungsbehörden haben offenbar entschieden, den von der PKK im April diesen Jahres eingeleiteten fundamentalen Umwandlungsprozess zu ignorieren bzw. zu torpedieren. Die politisch Verantwortlichen wollen sich scheinbar einem friedlichen und demokratischen Verhältnis zur kurdischen Bewegung entziehen und weiterhin auf Verbote und politische Verfolgung setzen. Das scheint das Signal für den 9. Jahrestag des Betätigungsverbotes für die PKK im November zu sein. Trotz aller Bemühungen und Vorschläge von Seiten des „Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan“ (KADEK) zur Lösung der Probleme mit politisch-demokratischen Mitteln, soll die kurdische Bevölkerung in diesem Land weiterhin von einer legalen und repressionsfreien politischen Arbeit ausgeschlossen bleiben. AZADI fordert die Freilassung von Ali K.

NACHFRAGE STÄRKEN? Einige Wirtschaftsinstitute warnen im Herbstgutachten zur kommenden Entwicklung vor der Gefahr einer zu kräftigen Haushaltskonsolidierung: Würde die öffentliche Nachfrage zu stark gedrosselt, könnte es zu einer „japanischen Entwicklung“ kommen, einer langanhaltenden Rezession, nach dem Schema: zurückgehende Nachfrage, zurückgehende Investitionen, dann Probleme für Bankkredite usw. usf. In der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichte Wilhelm Nölling, ehemals Präsident der Landeszentralbank Hamburg, einen Aufsatz, in dem er dringend eine nachfrageorientiertere Politik forderte. Diese Diskussion eröffnet der gewerkschaftlichen und kommunalen Politik vielleicht neue Möglichkeiten: Es sollte nicht so schwer sein, Lohnerhöhungen für den öffentlichen Dienst zu begründen. Und es ist leichter, Druck für eine Reform der Kommunalfinanzen zu

machen. Denn mehr Geld bei den Kommunen würde sofort in lange aufgeschobene Investitionen fließen.

Hier nun einige Auszüge aus Wilhelm Nöllings Aufsatz: In ihrem Regierungsprogramm spricht sich die SPD für „eine kluge Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik“ aus. Darin liegt die größte Herausforderung für die bestätigte Bundesregierung; sie kann nur gemeistert werden, wenn sie sich durch das Getöse um die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht davon ablenken lässt, dass es hauptsächlich und vor allem auf die Belebung der Gesamtnachfrage ankommt, soll die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen. Es lässt sich nicht mehr bestreiten, dass wir europa- und weltweit eine bedrohlich größer werdende Nachfragerücklage haben. Wird diese nicht geschlossen, werden alle Bemühungen um bessere Angebotsbedingungen die Spirale unten eher verstärken als aufhalten. Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands wächst kaum noch. Die Auftragseingänge in der Industrie sind zwischen Juni 2001 bis Juni 2002 ohne Ausnahme zurückgegangen. Im Bauhauptgewerbe sinken die Aufträge zum Teil drastisch. Setzt man das Niveau von 1998 gleich 100, so ist der Index bis Mai 2002 auf 69,3 Prozent abgestürzt. Die Einzelhandelsumsätze sind seit Januar 2002 (als das Euro-Bargeld eingeführt wurde) eingebrochen wie niemals in der Nachkriegsgeschichte. Im Juni erreichten sie ein Niveau wie vor sieben Jahren. (...) Gleichzeitig steigt die volkswirtschaftliche Sparquote. Der Sprung 2001 von 9,8 auf 10,2 Prozent und im ersten Quartal 2002 auf 10,3 Prozent bedeutet einen Nachfrageausfall gegenüber 2000 von etwa fünf Milliarden Euro. Konträr zu gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen bewegen sich auch die Ausleihungen der Banken: Seit Anfang 2001 wachsen sie immer langsamer, so dass von einer Stagnation der Kreditvergabe gesprochen werden muss. Die Frage stellt sich: Wohin mit den Ersparnissen, wenn auch der Staat Kredite nicht mehr absorbieren darf? (...) Wenn – wie zu erwarten – die größeren öffentlichen Haushalte in Europa weiter aus dem Ruder laufen, ist mit einer Lockerung der Zügel nicht zu rechnen. Die europäischen Politiker sollten sich daher klar für eine Kursänderung, für die Stützung der Konjunktur durch die Geldpolitik aussprechen. Schließlich haben sich die Regierungen vor ihren Wählern zu verantworten und nicht die Mitglieder des EZB-Rates. Schließlich ist das Hauptproblem nicht Inflation, sondern Destabilisierung Europas durch Rezession. (...) Jede durch Sparpolitik noch beschleunigte Abwärtsbewegung der europäischen Wirtschaft wird mehr Unheil auf den Arbeitsmärkten, in den Sozialkassen und Staatshaushalten anrichten als eine gemeinsame Anstrengung aller Kräfte zur Ausweitung der effektiven Nachfrage kosten würde.

Die Aussagen der verschiedenen Fachverbände zur Sozialpolitik der Regierung reichen von vorsichtig positiv bis stark ablehnend (siehe folgende Dokumentation), was nicht nur mit der jeweiligen politischen Ausrichtung der Organisationen zu erklären ist. Tatsächlich sind die Konturen des künftigen Regierungshandelns auf diesem Gebiet noch ziemlich unscharf und ist eine Beurteilung allgemeiner Aussagen (mehr für ..., gerechter, sozialer usw.) nach allen Erfahrungen unzureichend: es müssen tatsächlich die genauen Gesetzestexte auf dem Tisch liegen, um die Auswirkungen beurteilen zu können.

Fest steht wohl nur, dass eine kräftige Konjunktur, die die Finanzprobleme der Sozialversicherungen mildern würde, anders als 1998 nicht im entferntesten in Sicht ist, also tatsächliche Reformen unumgänglich sind. Welche Richtung, die nehmen sollen, hält Rot-grün aber im Ungefähren. *alk*

AWO: Kinder und Familien stärken Sozial und gerecht Reform der Pflegeversicherung angemahnt

Bonn. Als ein Programm der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen bezeichnet. Mit ihren Vorschlägen zur Reform des Sozialstaates, der Förderung von Kindern und Familien und der Stärkung der Beteiligungsrechte und der Integration, habe die Koalition eine Reihe langjähriger AWO-Forderungen in ihr Programm für die kommenden vier Jahre aufgenommen.

Besonders erfreulich sei, dass neben dem Arbeitsmarkt die Förderung von Kindern und Familien als zentrales Thema in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit rücke. Mit dem geplanten Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei und bis zu 16 Jahren komme die Koalition Forderungen der AWO nach. Der Wohlfahrtsverband mit bundesweit rund 2 000 Kindertageseinrichtungen begrüßt das eindeutige Bekenntnis von SPD und Grünen zum frühkindlichen Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen.

Für die anstehenden Reformen fordert die AWO eine stärkere Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände. Diese seien durch ihr fachliches Wissen und ihre praktischen Erfahrungen im gesamten sozialen Bereich die „Profis der Nation“, wie es die Hartz-Kommission formuliert.

Über die Festlegungen im Koalitionsvertrag hinaus fordert die AWO eine möglichst rasche Reform der Pflegeversicherung. Nötig seien umfassende Änderungen, um einen finanziellen Kollaps der ambulanten, stationären und teilstationären Pflege in den nächsten Jahren abzuwenden. Damit die ambulante Pflege Vorrang vor der stationären Pflege erhalten kann, müsse diese auf eine neue wirtschaftliche und organisatorische Basis gestellt werden, so die AWO. Zu begrüßen sei die Absicht der Koalition, Auf-

Stellungnahmen zum rot-grünen Koalitionsvertrag

gaben- und Finanzierungskonflikte von Kranken- und Pflegeversicherung endlich aufzulösen.

Bei der für diese Legislaturperiode geplanten Reform der Sozialhilfe mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe müsse der Blick verstärkt auf die soziale Balance gerichtet werden: Die Zusammenlegung dürfe nicht zu einem höheren Armutsrisiko für eine Vielzahl von Arbeitslosen führen.



Von vielen dringend angemahnt: die Reform der Pflegeversicherung. Im Koalitionsvertrag dazu nichts als ein unverbindlicher Satz.

Paritätischer Wohlfahrtsverband von Koalitionsvereinbarung enttäuscht: Nichts gegen Kinderarmut

Als „enttäuschend und mutlos“ bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer ersten Stellungnahme die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. „Auf wichtigen sozialpolitischen Feldern wie der Armutsbekämpfung, der Pflege oder dem Familienlastenausgleich herrscht weitgehend Fehlanzeige“, kritisiert Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Es ist ein Skandal, wenn die Koalitionäre entgegen ihren Wahlversprechen keinerlei konkrete Maßnahmen in Aussicht stellen, um die Situation von einer Million sozialhilfebedürftigen Kindern und deren Eltern zu verbessern“, so Schneider. Zwar sei es wichtig, dass die Koalition Kinderbetreuungsangebote ausbauen

wolle, doch lasse sich das Problem der Kinderarmut damit allein nicht lösen.

Weder von einer Kindergrundsicherung, die von den Grünen gefordert wurde, noch von einer Erhöhung des Kindergeldes, wie es die SPD angestrebt hatte, sei im Koalitionsvertrag etwas zu finden. Stattdessen hielten die Parteien am veralteten Ehegattensplitting fest, obwohl SPD und Grüne in ihren Wahlprogrammen dessen Abbau versprochen hätten.

Schneider: „Wer zugunsten des Ehegattensplittings auf eine Kindergrundsicherung oder eine Erhöhung des Kindergeldes verzichtet, kann für sich in der Familienpolitik nicht ernsthaft die Leitlinie sozialer Gerechtigkeit in Anspruch nehmen.“

SoVD zur Koalitionsvereinbarung Rente: Schlimmer Rückfall in der Rentenpolitik

Berlin. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat die Rentenbeschlüsse der Koalition für die kommende Legislaturperiode als „völlig unzureichend“ kritisiert. Die Koalitionsvereinbarung sei ein „schlimmer Rückfall hinter die noch 1998 angestrebten Ziele rot-grüner Rentenpolitik“, kritisierte SoVD-Präsident Peter Vetter. So enthalte der neue Koalitionsvertrag – anders als der von 1998 – weder die Einbeziehung jeglicher Erwerbsarbeit in die Pflichtversicherung, noch die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards im Alter durch die Sozialrente oder die Ein-

beziehung aller Alterssicherungssysteme in die Reform. Vetter appellierte an die neue Sozialministerin Ulla Schmidt, zu diesen Grundlagen sozialdemokratischer Rentenpolitik zurückzukehren.

Das sei um so dringender, als die dramatischen Finanzprobleme der Rentenversicherung das schnelle Scheitern der Riesterschen Rentenreform allen Bürgern plastisch vor Augen geführt hätten, betonte Vetter. „Mit Notoperationen wie der erneuten Senkung der Rentenreserven und der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze wird es nicht gelingen, die Rentenfinanzen und damit auch die Renten selber langfristig zu stabilisieren.“ Nötig sei vielmehr der Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle Arbeitnehmer, Beamten und Selbstständigen, ein verlässlicher ausreichender Bundesanteil und eine Wertschöpfungsabgabe neben dem Arbeitgeberbei-

trag. Denn zur gerechten Lastenverteilung, zur Stabilisierung der Finanzen, zur Sicherung eines angemessenen Renten-niveaus und zum Erhalt des sozialen Friedens müssten die Rentenversicherungs-beiträge auf eine breitere Bemessungs-grundlage gestellt werden.

Es dürfe nicht länger angehen, dass hochprofitable Unternehmen massen-weise Arbeitskräfte freisetzen und sich dadurch gleichzeitig von ihrer Pflicht zur Mitfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme weitgehend befreien, unterstrich der SoVD-Präsident. Deshalb führe kein Weg an einem Wert-schöpfungsbeitrag vorbei, um der zuneh-menden Technologisierung und Rationa-lisierung in solidarischer Weise Rech-nung zu tragen. Für die langfristige Kon-solidierung der Rentenversicherung sei es zudem von entscheidender Bedeutung, durch eine aktive Beschäftigungspolitik die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Zahl der Beitragszahler dauer-haft zu erhöhen. Auch auf diesem Feld mache der Koalitionsvertrag aber leider wenig Hoffnung auf Erfolg.

Bewertung der Koalitions-vereinbarungen aus der Sicht von ver.di: Vorsichtig positiv

In der jetzt vorliegenden rot-grünen Koalitionsvereinbarung

- wird eine an Solidarität, Qualität und Transparenz orientierte Gesundheitsreform skizziert, wichtige Vorhaben sind dabei u.a. die integrierte Versorgung sowie die Ansätze zur Qualitätssicherung und zur vertraglichen Berücksichtigung von Qualitätsaspekten;
- wird das Zukunftsthema Bildung produktiv aufgegriffen, zum Beispiel durch konkrete Schritte in Richtung einer quantitativen und qualitativen Verbesserung von Ganztagsbildungs- und Betreuungsangeboten;
- findet sich ein klares Bekenntnis zum Flächentarifvertrag und zur Tarifautonomie, darüber hinaus wird ein neuer Vorstoß in Sachen Tariftrueugesetz angekündigt;
- wird eine vorsichtige Korrektur der all-zu rigiden Haushaltskonsolidierung vorgenommen und eine gerechtere Steuerpolitik im Rahmen einer stärker an konjunkturellen Notwendigkeiten orientier-te Einnahmepolitik eingeleitet.

Zusätzlich werden positive Ansätze aus der letzten Legislaturperiode weiter-entwickelt: Dazu zählen wir

- die geplanten gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft ebenso wie
- die angekündigte Sicherstellung von „ambitionierten und verbindlichen Um-welt-, Sozial- und Qualitätsstandards für den öffentlichen Personennahverkehr“,
- die angekündigte Stufenregelung zur Angleichung der Einkommen im öffent-lichen Dienst Ost an das Westniveau,
- die Hinwendung zu einer stärkeren Produktverantwortung in der Abfallpo-

litik sowie

- die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler.

Das Ziel, die Grundrechtscharta zum verbindlichen und einklagbaren Be-standteil der europäischen Charta zu ma-chen, unterstützen wir ebenso wie die ge-plante Aufstockung der Entwicklungshilfe und die Befürwortung der Tobin-Steuer. Die skizzierten Veränderungen bei der Arbeitslosenhilfe hingegen sind eine Verschlechterung für die Betroffe-nen, die wir ablehnen, sie widersprechen den Vereinbarungen aus der Hartz-Kom-mission.

Auch die Einschnitte bei der Eigen-heimförderung lehnen wir wegen der ne-gativen Rückwirkungen auf die kon-junkturelle Entwicklung ab. Ein Vorstoß zur weiteren Liberalisierung der Laden-öffnungszeiten wurde nach Diskussionen in der Koalition zurückgezogen.

Eine Bewertung der Vereinbarung ins-gesamt zeigt aber – bei gleichzeitig not-wendiger Kritik an einzelnen Aspekten: Der Einsatz für unsere Ziele hat sich ge-lohnt – die Argumente sind angekommen, Kurskorrekturen in Richtung einer sozia-l gerechteren Politik sind vorgenom-men.

PRO ASYL zum Koalitionsvertrag: Statt Handlungsschritten vage Formulierungen und Prüfaufträge

Als insgesamt ungenügend kritisiert PRO ASYL die rotgrüne Koalitionsvereinba-rung zur Innenpolitik. Wo konkrete Schritte hätten benannt werden müssen, finden sich lediglich Prüfaufträge oder vage Absichtserklärungen.

Als einen Lichtblick innerhalb der an-sonsten eher von Mutlosigkeit geprägten Koalitionsvereinbarung bewertet PRO ASYL die Verabredung zur EU-Politik. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Ein ab-gestimmtes Verhalten in Gremien der EU wird sichergestellt.“ Damit ist die Koali-tion in der Pflicht, Otto Schilys europä-politische Alleingänge künftig zu stop-pen. Das ist auch dringend nötig, will die Regierungskoalition eine weitere Ab-sichtserklärung einlösen. Die Harmoni-sierung der Flüchtlings- und Einwande-rungspolitik soll nämlich laut Koali-tionsvereinbarung „auf hohen men-schen- und flüchtlingsrechtlichen Stan-dards gründen“.

PRO ASYL begrüßt, dass die europäi-sche Migrations- und Asylpolitik künftig nun auch mit dem Auswärtigen Amt und dem grünen Koalitionspartner abge-stimmt werden muss. „Damit ist die eu-ropäische Harmonisierung in diesem Be-reich keine Otto Schily-Domäne mehr“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsfüh-rer von PRO ASYL.

Hieraus resultierender Konfliktstoff liegt auf der Hand. Noch während der laufenden Koalitionsverhandlungen hatte das Bundesinnenministerium im Vorfeld der letzten EU-Ministertagung am 14./15. Oktober die Initiative ergrif-

fen, um die künftige EU-Richtlinie zu den sozialen Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge zu blockieren. „Mit der Koalitionsvereinbarung im Rücken und ein wenig Mumm können die Grünen nun da-für sorgen, dass dies das letzte europä-politische Solo der Innenministers war,“ so Günter Burkhardt.

An anderen Stellen der Koalitionsver-einbarung wird Handlungsbedarf ver-klauusliert. Die Koalition will sich „um die nachholende Integration von bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und von Ausländern mit humanitären Aufenthaltsrechten bemü-hen“. Integration kann nicht gelingen oh-ne Rechtssicherheit und ohne ein siche-res Aufenthaltsrecht. Ein Bleiberecht für bislang Geduldete, die sich zum Teil seit vielen Jahren integriert in Deutschland aufhalten, ist überfällig. Es ist weder hu-manitär vertretbar noch im Interesse un-serer Gesellschaft, Menschen, die seit Jahren hier leben, außer Landes zu drän-gen. Konkret fordert PRO ASYL die Bundesregierung auf, gegenüber den Ländern Initiativen zu ergreifen, so dass es zu einer Schlusstrichregelung für bis-lang Geduldete kommt.

Im Koalitionsvertrag umschiffte die Koalition klare Worte und formuliert: „Wir werden prüfen, welche humanitä-ren Vorschläge aus dem Bericht der Süß-muth-Kommission umgesetzt werden können.“ Hier muss gehandelt statt ge-prüft werden. PRO ASYL erinnert daran, dass die Süßmuth-Kommission die Her-ausnahme von Kindern aus dem Asylver-fahren gefordert hatte. Kinder gehören weder in ein Flughafenverfahren noch in eine Abschiebungshaftanstalt. Flücht-lingsskinder brauchen stattdessen Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, so auch die Kommission.

Im Bereich der Asylpolitik gibt es un-ter humanitären Gesichtspunkten drin-genden Handlungsbedarf: – faire Verfah-ren beim Bundesamt, um den freien Fall der Anerkennungsquoten zu stoppen. – Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention. Laut Koali-tionsvertrag will die Bundesregierung le-diglich „darauf hinwirken, dass ausste-henden Konventionen und Zusatzproto-kolle im Menschenrechtsbereich ratifi-ziert sowie bestehende Vorbehalte zu-rückgenommen werden. Dies gilt auch für die Kinderrechtskonvention.“ – Be-seitigung der unverhältnismäßigen Dau-er der Abschiebungshaft. Während im letzten Koalitionsvertrag wenigstens noch ein Prüfauftrag formuliert wurde, scheint dieses Thema nun in Vergessen-heit zu geraten. – Verbesserungen beim Flughafenverfahren, so dass rechtsstaat-liche Minimalstandards erreicht werden. – Beendigung der sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen: Die deutsche Gesell-schaft hat sich an eine strukturelle Dis-kriminierung gewöhnt. Die Beschrän-kung der Bewegungsfreiheit (Residenz-pflicht), die Ausgrenzung von Flüchtlin-gen im sogenannten Asylbewerberleis-

tungsgesetz sowie die diskriminierenden Regelungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind korrekturbedürftig.

PRO ASYL erwartet, dass die rotgrüne Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien konkrete Initiativen ergreifen, die einer humanen Flüchtlingspolitik Rechnung tragen.

Friedensbewegung enttäuscht über Koalitionsvertrag: „Das Positive bleibt unverbindlich – Keine Absage an Interventionskriege – Weiterer Ausbau der Bundeswehr zu einer ‚Armee im Einsatz‘“

Das Kapitel IX des rot-grünen Koalitionsvertrags ist überschrieben mit: „Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt“. Vor allem dem ersten Teil der Überschrift wird das Papier in keiner Weise gerecht. Weder erfährt man, was den Prozess der Globalisierung ausmacht, noch wird erläutert,

her ist diese größte europäische Staatengemeinschaft vollkommen an den Rand des politischen Geschehens geraten und fristet eine Aschenputtel-Existenz in einem bescheidenen Büro in Wien.

Auch alle weiteren im Koalitionsvertrag genannten positiven Zielbegriffe (wie Konfliktprävention, zivile Konfliktbearbeitung, Menschenrechte, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Abrüstung und Rüstungskontrolle) werden nicht näher ausgeführt und operationalisiert. Es bleiben völlig unverbindliche Absichtserklärungen.

Demgegenüber fallen die Passagen über die Rolle der Bundeswehr eindeutiger aus. Die Bundeswehr soll sich endgültig „zu einer Armee im Einsatz“ wandeln. Dementsprechend werden „moderne, gut ausgerüstete und schnell verfügbare Einsatzkräfte erforderlich“. Mit anderen Worten: Auslandseinsätze der

Bundeswehr – ob mit oder ohne Bemäntelung ihrer Rechtmäßigkeit durch UN-Resolutionen – bleiben an der Tagesordnung. Eine kritische Reflexion des völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieges findet nicht statt (er wird nicht einmal erwähnt). Zum drohenden US-Krieg gegen Irak wird nicht Stellung bezogen. Allerdings verspricht die Bundesregierung, sich auch weiterhin an der „Operation Enduring Freedom“, dem von den USA geführten sog. „Anti-Terror-Krieg“ zu beteiligen und so ihre „Zusage“ der „Solidarität mit den Vereinigten Staaten“ einzulösen.

Ein Hohn ist in dem Zusammenhang die Feststellung: „Die parlamentarische Kontrolle von Spezialeinsätzen wird gewährleistet.“ Seit dem 16. November 2001 operieren Einheiten des Kommando Spezialkräfte verdeckt in und um Afghanistan. Alle Anfragen, wo und mit welchem „Erfolg“ diese Spezialeinheiten kämpfen, sind vom Verteidigungsministerium bisher unbeantwortet geblieben!

Der Bundesausschuss Friedensratschlag stellt nach einer ersten Prüfung des außenpolitischen Teils der Koalitionsvereinbarung insgesamt fest:

Das, was friedenspolitisch in die richtige Richtung weist, bleibt schwammig und unkonkret. Und das was konkret ist, weist in die falsche Richtung.

„Deutsche Außenpolitik“ ist noch nicht dadurch „Friedenspolitik“, dass sie so genannt wird. Sie würde es erst, wenn messbare Schritte zur Abrüstung und zur Zivilisierung der Außen- und Sicherheitspolitik gemacht würden. Wir warten immer noch auf ein unmissverständliches Nein zu jedem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Bundeswehrein-satz.

Bundesausschuss Friedensratschlag

BAG Hilfe für Behinderte

Forderungen an das Gesundheitswesen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V. (BAGH) hat im September *Gesundheitspolitische Grundsatzpositionen* beschlossen. Die BAGH ist eine Vereinigung der Selbsthilfeverbände behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen und macht ihre Interessen in der Diskussion um den Umbau des Gesundheitswesens geltend.

Der erste Schwerpunkt der Stellungnahme ist die „Stärkung der Solidarität im Gesundheitswesen“. Die BAGH bezieht gegen alle Versuche Position, mit der gesetzlichen Krankenversicherung nur noch eine Grundsicherung zu ermöglichen und darüber hinaus Wahlleistungen im Rahmen privater Krankenversicherungen anzubieten. Chronisch kranke und behinderte Menschen würden damit Mehrbelastungen unterworfen, zumal viele von ihnen gar nicht die Möglichkeit haben, private Zusatzversicherungen abzuschließen. Die BAGH setzt sich hier insbesondere für den Ausbau präventiver und rehabilitativer Ansätze im Gesundheitswesen ein. „Entsprechende Programme“, so die Begründung, „können nämlich langfristig gerade zu einer Reduzierung von Krankheitskosten führen und bei vielen Menschen unnötiges Leid verhindern.“

Der zweite Schwerpunkt wird unter der Überschrift „Bürgerorientierung des Gesundheitswesens – Patienten besser informieren und Patientenrechte stärken“ thematisiert. Die Forderung nach integrierten Versorgungsleistungen – das bedeutet, dass alle Behandlungs- und Versorgungsleistungen abzustimmen sind und dass nicht nur die medizinische, sondern auch die soziale und persönliche Lebenssituation berücksichtigt werden muss – ist zwar nicht neu. Aber in der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion wird sie meistens unter dem verbandspolitischen Gesichtspunkt behandelt, inwieweit die integrierte Versorgung eine Abkehr vom Kollektivvertragssystem zwischen Ärzten und Krankenkassen erfordert. Demgegenüber muss, so die BAGH, im Mittelpunkt der Reformbemühungen das Wohl der Patientinnen und Patienten stehen. Konkret geht es etwa um eine Ausweitung der ambulanten Versorgung in Krankenhäusern, eine vermehrte Nutzung der Großgeräte in Krankenhäusern durch niedergelassene Ärzte, eine Überwindung des sektoralen Denkens im Verhältnis zwischen Kuration und Rehabilitation und um die Stärkung der ambulanten und pflegerischen Nachsorge.

Damit in engem Zusammenhang steht die geforderte umfassende Stärkung sowohl der individuellen wie der kollektiven Patientenrechte. „Ein modernes, qualitativ hochwertiges und ressourcen-



Kommando Spezialkräfte im Einsatz – zur Zeit in Afghanistan

was daran „gerecht“ sein soll.

Positiv zu beurteilen ist, dass die Vereinten Nationen und ihre Institutionen an erster Stelle genannt werden. Ihnen falle „eine Schlüsselrolle“ bei der Bewältigung der „großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ zu. Was das allerdings für die Außen- und Sicherheitspolitik und die Völkerrechtspolitik Deutschlands heißt, bleibt im dunkeln. Stattdessen wird der Frage breiter Raum eingeräumt, ob und unter welchen Bedingungen Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben sollte.

Positiv ist auch, dass im Zusammenhang mit den VN auch die OSZE an prominenter Stelle genannt wird – gewissermaßen als regionale Unterorganisation der VN. Das „politische Profil der OSZE zu stärken und auf eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der OSZE hin(zu)wirken“, bleibt allerdings ein nebulöses Versprechen, weil keine konkreten Zielvereinbarungen genannt werden. Schon vor vier Jahren versprach Rot-Grün die Stärkung der OSZE – seit-

sparendes Gesundheitswesen ist darauf angewiesen, dass ... die Bedürfnisse, Interessen, Fähigkeiten und Erfahrungen der Betroffenen Eingang in die Entscheidungsprozesse im Gesundheitswesen finden können.“ Die Systementscheidungen im Gesundheitswesen seien bislang zwar unter Beteiligung von Ärzten, Krankenkassen, Krankenhausträgern u.a. getroffen worden, die Patientinnen und Patienten indes seien lediglich als Objekte dieser Entscheidungen angesehen worden.

Als besonders wichtig sieht die BAGH auch die stärkere Förderung der Selbsthilfe an. „Die Eigenaktivitäten und Zusammenschlüsse der Bürgerinnen und Bürger in den Selbsthilfeorganisationen ermöglichen nämlich nicht nur eine bessere Bewältigung individueller gesundheitsbezogener Probleme über den gegenseitigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch, sondern darüber hinaus eine eigenständige Interessenvertretung der Patienten im Gesundheitswesen.“ In den vergangenen beiden Jahren haben die Krankenkassen die gesetzlich vorgesehene Förderung nicht einmal zu einem Drittel ausgezahlt (nur jeweils 20,15 von 70 Mio. DM).

Scharf kritisiert die BAGH den Zustand der gesetzlichen Pflegeversicherung, deren Grundmangel darin bestehe, „dass die Pflegeversicherung nur als Teilleistungssystem eingeführt wurde, das lediglich die Grundversorgung Pflegebedürftiger betrifft. Dies hat zur Folge, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff viel zu stark somatisch orientiert ist. So grundlegende menschliche Bedürfnisse wie das nach Kommunikation werden bei der Eingruppierung in eine Pflegestufe gar nicht berücksichtigt. Gänzlich unberücksichtigt bleibt der ganze Hilfsbedarf im Bereich der nicht verrichtungsbezogenen allgemeinen Beaufsichtigung und Betreuung.“ Damit werde das Ziel, trotz Hilfebedarfs ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, weit verfehlt.

Diesen und anderen aufgeführten Missständen muss nach Auffassung der BAGH durch eine verbesserte Qualitätssicherung unter Beteiligung der Betroffenenorganisationen und durch eine verbesserte Entlohnung von Pflegeleistungen begegnet werden. „Nicht zu verkennen ist aber auch, dass viele Pflegebedürftige über ihr Krankheits- und Behinderungsbild sehr gut selbst informiert sind und dass sie ihre Pflege durchaus teilweise auch selbst sicherstellen können. Höchst unbefriedigend ist daher das nach wie vor bestehende System der Pflichtpflegeeinsätze (§37 SGB XI), das von dem genannten Personenkreis zu recht als diskriminierend empfunden wird, da es die erforderliche Flexibilität vermissen lässt und vielfach unnötige Kosten verursacht.“

scc

Das vollständige Dokument findet sich unter: www.bagh.de

Noch immer ist eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte des bundesrepublikanischen Staates nicht abgeschlossen. Noch immer sitzen Gefangene aus der RAF, teils seit weit mehr als 20 Jahren, im Gefängnis – Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Eva Haule, Birgit Hogeferd – wird an ihnen die Todesstrafe auf Raten vollstreckt. Noch immer sind die staatlichen Gewaltexzesse in der Verfolgung der RAF über weite Teile nicht aufgeklärt. Der im Folgenden dokumentierte Aufruf nach Öffnung der Archive sollte breite Unterstützung finden – das könnte auch der Forderung, alle Gefangenen aus der RAF endlich freizulassen, neuen Auftrieb geben.

scc



25. Jahrestag des Todes von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe

Die Archive öffnen!

Seitdem die Rote Armee Fraktion (RAF) im März 1998 ihre Auflösung bekannt gab, ist der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik Deutschland Geschichte. Viele Fragen aus jener Zeit sind bis heute ungeklärt. Während die Ermittlungsbehörden nach wie vor daran arbeiten, das Wirken der RAF aufzuklären, bleiben große Teile des Wirkens der Behörden im Dunkeln.

Zum 25. Mal jährt sich dieser Tage der so genannte Deutsche Herbst – und mit ihm die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977, in der in Stammheim die RAF-Mitglieder Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader starben und nach der Irmgard Möller schwer verletzt in ihrer Zelle erwachte. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, was in jener Nacht geschehen ist. Die offizielle Version, der zufolge sich die in Stammheim inhaftierten RAF-Gefangenen selbst umgebracht bzw. umzubringen versucht haben, wird zwar mittlerweile auch von einigen ehemaligen Mitgliedern der RAF gestützt. Sie können sich dabei aber nur auf Wissen vom Hörensagen und auf Vermutungen stützen. Irmgard Möller, die die Nacht überlebt hat, bestreitet nachdrücklich, dass sie sich selbst die Stiche in die Brust zugefügt hat. Nach ihrer Aussage hat es auch keine Absprachen der Inhaftierten gegeben, sich im Fall eines Scheiterns der Geiselnahmen selbst zu töten.

Immer wieder wird öffentlich behauptet, dass die gefangenen RAF-Mitglieder getötet worden seien. Im Verlauf des Deutschen Herbstes soll es im Krisenstab der Bundesregierung Gespräche über eine Tötung der Gefangenen und andere „exotische Lösungen“ gegeben haben.

Die zuständigen Minister des Inneren und der Justiz aus Baden-Württemberg haben seinerzeit eingeräumt, dass die Gefangenen aus der RAF lange Zeit in ihren Stammheimer Zellen abgehört wurden.

Wir denken, dass es Zeit ist zu klären, wie die Gefangenen zu Tode kamen. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen aus dem Herbst 1977 erscheint uns historisch wichtig. Wir denken aber auch, dass ihre Beantwortung politisch relevant ist. Vor dem Hintergrund der aktuellen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus könnten daraus Schlüsse gezogen werden, was in einem demokratisch verfassten Staatswesen wie der Bundesrepublik in einer Krisensituation möglich ist oder inwieweit die politischen Kontrollmechanismen auch in einer solchen Lage noch wirken.

Für die Aufklärung der damaligen Ereignisse ist es unverzichtbar, die staatlichen Archive zu öffnen. Die Protokolle der abgehörten Gespräche in der JVA Stammheim müssen ebenso zugänglich gemacht werden wie die Protokolle der Krisenstabssitzungen und die entsprechenden Akten aus den Beständen des BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus jener Zeit. Der Verweis auf das Bundesarchivgesetz, das eine Veröffentlichungspflicht nach 30 Jahren vorsieht, geht fehl. Denn erstens erlaubt das Gesetz den aktenführenden Stellen, die Bestände früher zu veröffentlichen.

Zum anderen werden Bestände der deutschen Geheimdienste und andere als Verschlussache qualifizierten Akten auch nach 30 Jahren nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz über die RAF und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aus den Jahren bis 1971 sind deswegen äußerst lückenhaft. Durch diese Praxis wird nicht nur die Aufarbeitung historisch wichtiger zeitge-

schichtlicher Ereignisse verhindert. Es wird auch eine öffentliche Kontrolle von wesentlichen Staatsaktivitäten verhindert.

Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenminister Otto Schily, der nach dem 18. Oktober 1977 nachdrücklich bezweifelte, dass seine Mandantin Gudrun Ensslin Selbstmord begangen habe, auf, darauf hinzuwirken, dass alle Akten, die zur Aufklärung der Ereignisse des Deutschen Herbstes beitragen können, umgehend veröffentlicht und zur Auswertung freigegeben werden.

Erstunterzeichner: Klaus Behnken (Journalist), Karin Beindorff (Deutschlandfunk), Ivo Bozic (Journalist, Jungle World), Prof. Kathrin Braun (Universität Hannover), Redaktion BSZ (Bochumer Stadt- und StudentInnenzeitung), Prof. Dr. Theresia Degener (EFH Bochum), Axel Diederich (ID-Archiv, Amsterdam), Klaus Dreyer (Journalist), Christiane Ensslin, Matthias Gärtner (MdL Sachsen-Anhalt), Aenne Glienke, Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Autor), Dorothee Gremli-za (Konkret Literatur Verlag), Prof. Peter Grottian (FU Berlin), RA Dieter Hummel (Bundesvorstand Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen), Ulla Jelpke (PDS), Klaus Jünschke, JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Jusos Berlin, RA Wolfgang Kal-
eck (Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwälten- und Anwältevereins), Wolfgang Kessler (Redakteur), Angela Marquardt (PDS), Claus Peymann (Intendant des Berliner Ensembles), Volker Ratzmann (Rechtsanwalt und Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin), Peter Rosien (Journalist), Ilka Schröder (Mitglied des Europaparlaments), Dr. Stefan Schuster-Teupke (Physiker), Dr. Thomas Seiterich-Kreuzkamp (Journalist), Martin Sölle (Der andere Buchladen), Andrea Teupke (Journalistin), Oliver Tolmein (Journalist), Wolf-Dieter Vogel (Journalist), Prof. Wolfgang Wippermann (FU Berlin), Udo Wolter (Autor und Dokumentar)

Landwirtschaft

Agrargenossenschaften in Europa auf dem Vormarsch

Forum mit Europa-Parlamentariern der PDS diskutierte Zukunftsperspektiven

Genossenschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft – das war kürzlich das Thema eines Forums der PDS-Delegation in der linken Fraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) und der PDS-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt.

Vor 50 Jahren wurde in der DDR mit der Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) begonnen. Anlass für die PDS zu untersuchen, wie die Zukunft der Genossenschaften aussehen wird.

Christel Fiebiger, Europaparlamenta-

rlerin und Agrargenossenschafts-Vorsitzende, hat bei der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 durch die EU-Kommission die Vorschläge abgelehnt, die zu einer Benachteiligung von Agrargenossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen der Bauern vor allem in Ostdeutschland führen würden. Die in den neuen Bundesländern entstandenen Strukturen müssten erhalten und weiter entwickelt werden, so ihre Forderung.

Die Ambivalenz der genossenschaftlichen Entwicklung in der DDR machte der Agrarhistoriker Prof. Siegfried Kuntsche deutlich. Der Bereitschaft der Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit in Ostdeutschland standen Reglementierung und Bevormundung bis zum Zwang und die voluntaristischen Entscheidungen der SED-Führung gegenüber. Die genossenschaftliche Demokratie wurde vielerorts zur Formsache degradiert.

In Italien, so Prof. Diedrich Hänsch von der Universität Hannover auf der Tagung, haben sich in den letzten Jahrzehnten Agrargenossenschaften (CAB) als bewährte Formen der Gemeinschaftsarbeit von Bauern und Landarbeitern erwiesen. Überhaupt wird in Europa wird der Genossenschaftsbewegung wachsende Bedeutung beigemessen. Die EU-Kommission hat Ende 2001 ein Konsultationspapier über Genossenschaften im „Unternehmen Europa“ verabschiedet. In der EU bestehen 132 000 Genossenschaften mit 83,5 Millionen Mitgliedern und 2,3 Millionen Beschäftigten in den Sektoren Konsum, Wohnen, Wirtschaft, Dienstleistungen, Kultur, Soziales u.a. Auf einem Kongress der Genossenschaften Europas kündigte EU-Kommissionspräsident dieser Tage ein Statut der europäischen Genossenschaften an, das Orientierung für Mitglieds-länder und Beitrittskandidaten geben soll.

Erfolge in den neuen Bundesländern

In Mittel- und Osteuropa sind im Transformationsprozess unterschiedliche Strukturen in der Landwirtschaft entstanden. Während in Polen nur drei Prozent der agrarischen Nutzfläche von Genossenschaften bewirtschaftet werden, sind es in Ungarn über 20 Prozent, in Tschechien über 30 Prozent und in der Slowakei sogar über 50 Prozent.

Wie erfolgreich sich Agrargenossenschaften in den neuen Bundesländern entwickelt haben, erläuterte auf dem Forum Ralf Hägele. Der Vorstandsvorsitzende des Agrarunternehmens Barnstädt berichtete, die Bauern der ehemaligen LPG hätten sich eigenverantwortlich für die Weiterführung einer gemeinschaftlichen Produktion in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft entschieden. Sie erreichten inzwischen hohe Wertschöpfung und Effektivität, beachteten sowohl die sozialen Belange der Mitglieder als auch die ökonomischen Anforderungen an die Produktion. Das Management, so Hägele, lege besonderen

Wert auf die Mitwirkung der Genossen und den Schutz des genossenschaftlichen Eigentums.

In den neuen Bundesländern werden derzeit 76 Prozent der Nutzfläche gemeinschaftlich – von Personen- und Kapitalgesellschaften sowie Agrargenossenschaften – bewirtschaftet. Die Genossenschaften allein arbeiten mit 30 Prozent der Fläche und über 50 Prozent der Tierbestände. All diese Gemeinschaftsunternehmen haben sich auch in der Marktwirtschaft als wirtschaftlich und sozial stabil erwiesen, hieß es auf der Tagung. Dadurch werden Agrarwirtschaft und Agrarverfassung Deutschlands wesentlich bereichert.

Auch in den alten Bundesländern werden Produktivgenossenschaften inzwischen weniger als Exoten angesehen. Gab es 1990 lediglich zwei von ihnen in der Landwirtschaft der BRD, so sind es heute bereits 200. Etwa acht Prozent der Fläche werden gemeinschaftlich bewirtschaftet.

Produktivgenossenschaften seien eine wichtige Facette im marktwirtschaftlichen System, ergab die Diskussion auf der Tagung. Sie müssten sich am Markt beweisen und im Wettbewerb durchsetzen. Sie seien aber auch soziale Gemeinschaften von Eigentümern und Produzenten und sollten als eine Alternative zur kapitalistischen Profitmaximierung begriffen werden, da sie die Kapitalverwertung nicht zum einzig dominierenden Grundsatz machen. Linke Politik, wie etwa von der PDS, fördert solche Entwicklungen. Im Agrarkonzept der PDS heißt es deshalb: „Als sozialistische Partei unterstützt die PDS die Agrargenossenschaften in besonderer Weise. Sie bereichern die Vielfalt der genossenschaftlichen Bewegung in Europa. Sie schließen demokratische Mitbestimmung sowie wesentliche soziale Vorzüge für ihre Mitglieder ein ...“

In diesem Sektor ist die Insolvenzrate niedrig

Nach über einem Jahrzehnt des Anschlusses der DDR an die BRD haben agrarische Gemeinschaftsunternehmen der Bauern noch viele Hürden zu nehmen. Das machte Uwe Schöne, Berliner Geschäftsführer des Norddeutschen Genossenschaftsverbandes, deutlich: die Altschuldenbelastung, die Überlegungen der EU-Kommission zur Benachteiligung größerer Produktionseinheiten bei den Beihilfen, neue rechtliche Probleme bei der Umstrukturierung der LPG oder vertragliche Zwänge beim Bodenkauf von der Nachfolgeeinrichtung der Treuhand. Dennoch, so Genossenschafter Schöne, sei Vieles erreicht worden. In seinem Verantwortungsbereich komme dies nicht zuletzt in der niedrigen Insolvenzrate zum Ausdruck.

Dr. Hans Watzek

Quelle: www.pds-online.de; Neues Deutschland, 17.10.2002

Generalstreik II

Zum zweiten Mal in einem halben Jahr legte am 18. Oktober ein Generalstreik erhebliche Teile der italienischen Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens, der Schulen lahm. Etwa eine Million Menschen beteiligten sich an Kundgebungen in 120 Städten mit Großaktionen in Turin, Mailand, Genua, Florenz, Rom, Neapel und Palermo.

Ein Unterschied zum Generalstreik im April: Diesmal hatte nur die linke Gewerkschaft CGIL aufgerufen; CISL und UIL, die mit der Regierung und dem Industriellenverband Confindustria im Juli einen „Pakt für Italien“ abgeschlossen hatten, dagegen nicht. Der Mobilisierung scheint es nicht geschadet zu haben.

Ein weiterer Unterschied: Die Bandbreite des Protests gegen die Rechts-Regierung Berlusconi ist stark angewachsen.

Nach wie vor stand zwar die Abwehr der Änderung des Art. 18 des Arbeiterstatuts, also die Verteidigung des Kündigungsschutzes, ganz oben. Bislang hat die Rechtskoalition ihr Vorhaben noch nicht durchsetzen und auch den einschlägigen Gesetzentwurf noch nicht präsentieren können. Aber sie hat mit dem „Pakt für Italien“ einen Zwischenschritt erreicht. Mit der Unterschrift von CISL und UIL war vereinbart worden, dass der traditionelle Kündigungsschutz künftig nicht mehr für Neueingestellte gelten soll. Neue Firmen, auch durch Zerlegungen und Ausgründungen entstandene Firmen, wären damit – unabhängig von ihrer Größe – aus dem bisherigen Kündigungsschutz ausgenommen. Der Industriellenverband sieht hier schon ein wichtiges „Leck im Damm der Rechte“ der Arbeit.

Aber der Generalstreik richtete sich auch gegen eine Reihe zentraler Aspekte



des aktuellen Haushaltsgesetzes:

- die Deregulierung des Arbeitsmarktes mit der Förderung von Leih- und Abarufarbeit und anderen Formen prekärer Arbeitsverhältnisse,
- Einschnitte in der Rentenversicherung,
- die Einschränkung der öffentlichen Leistungen im Gesundheitswesen durch die Verringerung des Finanztransfers zu den regionalen und lokalen Gesundheitseinrichtungen, was deren Leistungen verschlechtert und die Selbstbeteiligung in die Höhe treibt,
- die Kürzungen im öffentlichen Schulsystem, die dem privaten Schulwesen in die Hände spielen,
- die Kürzung der Mittel für die Entwicklung des Südens, die die Gegensätze des Landes vertieft.

Schließlich spielte der Protest gegen den Restrukturierungsplan des Fiat-Konzerns und die Untätigkeit der Regierung in dieser Sache eine große Rolle. Von der Schließung zweier Produktionsstandorte ist die Rede, bei Fiat und sei-

nen Zulieferern wird der Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen befürchtet. Dabei spiegeln sich in der Krise von Fiat Schwächen der italienischen Wirtschaft insgesamt wider: Der früher abgeschottete italienische Automarkt wird immer stärker in die europäische und weltweite Globalisierung hineingezogen und fällt gleichzeitig bei der Innovation im Vergleich mit den internationalen Konkurrenten zurück. Die neoliberale Politik der Berlusconi-Regierung hat darauf keine Antworten. Das wird spürbar und führt zu Unruhe.

So entzündet sich an ganz verschiedenen Punkten ein vielfältiger sozialer Protest, den die CGIL in beeindruckender Weise mobilisieren konnte. Leider ist die politische Opposition des Ulivo-Bündnisses derzeit so desolat und alternativlos, dass sie diese soziale Mobilisierung kaum aufnehmen und unterstützen und die Rechtskoalition in Bedrängnis bringen könnte.

rok

Bild oben: Bari; unten links: Streik bei Fiat; rechts: Demonstration in Turin. Bilder: indymedia





Auch in den vergangenen 14 Tagen protestierten in vielen Regionen der Welt Zehntausende gegen den drohenden Irak-Krieg. In Melbourne, Australien, versammelten sich am 13.10. nahezu 45.000 zu einer Anti-Kriegs-Demonstration (Bild Mitte); in

Glasgow, Schottland, demonstrierten am letzten Wochenende 15.000 – nach Angaben von Nachrichtenagenturen die größte Friedensdemonstration der letzten Jahrzehnte (Bild links). Das dritte Bild zeigt eine Aktion US-amerikanischer Veteranen des Zweiten

Weltkrieges: 15 W-II-Soldaten, teilweise in ihren alten Uniformen und hochdekoriert, marschierten im Kreis vor dem Weißen Haus und warnten die Bush-Regierung vor einem Angriffskrieg auf den Irak.

(Quelle: indymedia)

USA: Einsatz von B- und C-Waffen dokumentiert

Am 9.10. übergab das US-Verteidigungsministerium dem Kongress Dutzende bisher geheim gehaltene Berichte über Experimente mit B- und C-Waffen in den USA zwischen 1962 und 1971. Ins Rollen gekommen ist die Aufdeckung dieser Experimente, als sich Veteranen ab 1997 mit Anfragen wegen gesundheitlicher Schäden an Kongressabgeordnete wandten. Doch es dauerte immer noch über drei Jahre, bevor das Pentagon den Klagen nachging und Untersuchungen aufnahm. Demzufolge hat die US-Armee mindestens 46 Übungen mit C-Waffen in Alaska, Hawaii und Maryland sowie B-Waffen in Florida durchgeführt. Bereits im Mai hatte das Pentagon eingeräumt, dass während des Kalten Kriegs Schiffe samt Besatzung bei Manövern mit C- und B-Waffen besprüht worden sind. Man habe die Verwundbarkeit von Kriegsschiffen testen wollen, lautete die Begründung. Bei den Manövern an Land habe man mehr darüber erfahren wollen, wie chemische und biologische Waffen durch Klima, Umwelt und andere Kampfbedingungen beeinflusst würden, schreibt die New York Times. Betroffen waren schätzungsweise 5.500 Soldaten. (Quelle: Telepolis)

Wg. Irak-Politik: Spanischer Diplomat demissioniert

Der Geschäftsträger der spanischen Botschaft von Bagdad, Valderrama, hat seine sofortige Demission bekannt gegeben. Er protestiert damit gegen die Politik der spanischen Regierung, die Bush auch für Fall eines unilateralen Angriffs ohne UN-Mandat volle Unterstützung zugesagt hatte. Valderrama erklärte, dies sei eine Verletzung internationalen Rechts. Der 51-Jährige war verhältnismäßig spät in den diplomatischen Dienst eingetreten, weil er nicht auf die Franco-Diktatur hatte schwören wollen.

Kriegsvorbereitungen in der Türkei – DEHAP-Einzug würde Friedensbewegung international stärken

Nach Informationen verschiedener Nachrichtenagenturen plant die Türkei für den Fall eines Flüchtlingsstroms während oder nach einem Angriff gegen den Irak 6 verschiedene Flüchtlingslager für 250 000 Menschen in Südkurdistan. Nach den Nachrichten wird die Türkei in den während eines Angriffs in Südkurdistan durch die USA „unter Kontrolle gebrachten Gebieten“ Flüchtlingslager errichten. Es wurde erklärt, dass dafür der Türkische Halbmond die Vorbereitungen begonnen hat, indem sie Zelte und weiteres Material in die Region entsendet. Nach denselben Quellen rechnet die Türkei damit, dass der USA-Irak Krieg bis zu 3 Monate dauern könnte und es bis zu 250 000 Flüchtlingen geben könnte. Es wurde auch mitgeteilt, dass die Türkei im Falle einer höheren Anzahl von Flüchtlingen zusätzlich im gebirgigen Grenzland Lager errichten würde. Andererseits gibt es auch die Befürchtungen, dass die Türkei die Vorbereitungen für Flüchtlingslager in Südkurdistan nützt, um den Süden zu besetzen. – Derweil stellt die Dehap, die zu den Wahlen am 3.11. antretende gemeinsame Liste der Emep (Partei der Arbeit), SDP (Sozialistische Demokratische Partei) und Hadep (Demokratische Partei des Volkes), eine große Resonanz unter der Bevölkerung fest. Auf der Wahltour der Dehap kommen Hunderttausende auf die Straßen, um den Kandidatinnen und Kandidaten zuzuhören. In einer Erklärung der Dehap-Europavertretung wird betont, dass die Dehap entschieden gegen den geplanten Irak-Krieg der USA und ihrer Verbündeten eintritt und dabei die einzige Partei in der Türkei ist, die um die Souveränität der Nachbarländer bemüht ist. Der Einzug der Dehap ins Parlament werde deshalb ein Erstarken der Friedensbewegung international bedeuten. (Quelle: ISKU u. PE Dehap)

Kein Frieden in Afghanistan

Internationale Beobachter befürchten, dass der Bürgerkrieg in Afghanistan wieder entbrennen könnte. Ursache sei, dass die USA die verschiedenen Warlords aufrüsten. Da sich die Situation seit einem Jahr kaum stabilisiert, die zugesagten Hilfsgelder weitgehend ausbleiben, der Lebensstandard der Bevölkerung sich kaum bessert, wächst der Zorn der Bevölkerung und sinkt die Legitimation des durch den Westen eingesetzten Präsidenten Karzai. In dieser Situation haben sich die niederländische und die Bundesregierung darauf verständigt, ab Anfang 2003 durch das Deutsch-Niederländische Korps in Münster gemeinsam das Kommando über die „Internationale Schutztruppe in Afghanistan (Isaf)“ zu übernehmen. Allerdings wird nicht ausgeschlossen, dass die niederländische Regierung womöglich entscheidet, aufgrund der Haushaltslage die niederländischen Soldaten abzuziehen. (Quelle: Tagesspiegel, 12.10., RP-Online, 11.10.)

510 Jahre Unterdrückung – 510 Jahre Widerstand

In vielen Ländern Amerikas fanden rund um den 12. Oktober Proteste anlässlich des Jahrestages von 510 Jahren Kolonialisierung und Unterdrückung nach der „Entdeckung“ Amerikas statt. Von Kanada bis Chila demonstrierten viele Tausend gegen Militarisierung, für indigene Rechte und gegen das geplante gesamt-amerikanische Freihandelsabkommen FTAA, gegen den Plan Puebla Panama, den Plan Colombia und andere Ausbeutungsprogramme. Straßen, Grenzen und Häfen wurden blockiert, so blockierten z.B. über 4000 Menschen die honduranischen Grenzen zu Guatemala, El Salvador und Nicaragua. In Washington warfen Menschen Blutfarbe auf die Statue von Christoph Kolumbus.

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Unter dem Motto „Die deutsche Wehrmacht kämpfte tapfer und anständig. Stoppt die Lügendaussage“ hatten bis zu 1000 Neonazis am 12.10.02 gegen die momentan im Münchner Stadtmuseum gezeigte Neukonzeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg der Wehrmacht“ protestiert. Knapp 2000 Münchner demonstrierten auf einer Kundgebung des von über 70 Organisationen getragenen Bündnisses gegen den Naziaufmarsch. Auch der Münchner Stadtrat hatte den Bürgern einstimmig geraten, sich an demokratischen Protesten zu beteiligen (siehe S. 13). Rund 1000 Gewerkschafter und andere Antifaschisten waren zudem einem Aufruf des DGB-Vorsitzenden Schmid gefolgt, sich vor dem Münchner Gewerkschaftshaus zu versammeln. Aufgrund der starken Präsenz vor dem DGB-Haus war die Polizei gezwungen, den Aufmarsch der Rechtsextremen kurzfristig umzuleiten. Doch auch auf der neuen Route blockierten Tausende vor allem jugendliche Nazigegner die Straße. So endete der Marsch der Neonazis bereits nach 500 Metern. Nach einer von Pfeifkonzerten der Gegendemonstranten gestörten Kundgebung im strömenden Regen geleitete ein massives Polizeiaufgebot die Rechtsextremen zurück zu ihren Bussen auf der Theresienwiese.

Nikolaus Brauns



Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS) gegründet

FREIBURG. Friedens-, Menschenrechts- und entwicklungspolitische Gruppen haben das „Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen“ (DAKS) gegründet. „Unser Ziel ist, durch die bessere Vernetzung und gemeinsame Kampagnen stärker gegen die weitere Verbreitung und den Export von so genannten Kleinwaffen aktiv zu werden und so deren tödliche Auswirkungen einzudämmen“, erklärte DAKS-Sprecher Paul Russmann. „Die so genannten Kleinwaffen spielen eine entscheidende Rolle in den fast 50 Bürgerkriegen und Kriegen“, kritisierte Russmann. „Rund 90 Prozent aller Toten und Verletzten“ seien auf den Einsatz von Kleinwaffen zurückzuführen. „Dass mit weltweit 7 bis 10 Millionen G3-Gewehren der Firma Heckler & Koch gemordet wird, ist Schuld von Bundesregierungen, die in den vergangenen Jahrzehnten die Vergabe von 15 Lizenzen auch an Diktatoren und Scheindemokraten genehmigt haben“, kritisierte DAKS-Sprecher Jürgen Grässlin. „Unzählige Menschen sind zu Opfern der deutschen Rüstungsexportpolitik geworden, für die auch der Rüstungsproduzent Heckler & Koch massiv Mitverantwortung trägt“, warf Grässlin der H&K-Geschäftsführung vor. „Von der im Amt bestätigten rot-grünen Bundesregierung fordern wir den Stopp aller Exporte und der Lizenzvergaben für das neue Gewehr G36 und andere Handfeuerwaffen.“ Nur dann sei gewährleistet, „dass sich das Schlachtfeld des G3 nicht mit dem G36 wiederholt“, erklärte Grässlin. Außerdem müssten, wie angekündigt, alle 400.000 alten G3 der Bundeswehr verschrottet werden. Der DAKS-Sprecher kündigte Aktionen vor dem H&K-Werkstor an.

Im DAKS arbeiten im Rahmen ihrer

spezifischen Mandate und eigenen Aufgabengebiete mit: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen; Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK), Velbert; Internationale Initiative, Köln; medico international, Frankfurt; Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart; Rüstungs-Informationsbüro (RIB), Freiburg; world vision, Frankfurt, Yek-kom sowie zusätzliche Gruppen aus dem Friedens-, Menschenrechts- und entwicklungspolitischen Zusammenhang. Weitere Organisationen sind zur Mitarbeit eingeladen.

www.rib-ev.de

Songs gegen den Krieg von 50 Bands aus Europa und den USA

MARBURG. 50 Musik-Bands aus Europa und den USA haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam mehrere CD-Sampler mit Songs gegen den Krieg zu veröffentlichen. Der Erlös kommt humanitären Hilfsprojekten zugute.

Die Initiative *Vision Europa – Vision Peace* tritt mit der Forderung an die Öffentlichkeit, durch Zivilcourage weitere Kriege zu verhindern. Die verbreitete Haltung, der Einzelne könne ohnehin nichts an der weltpolitischen Lage ändern, lassen die Musiker nicht gelten.



„Aus den Brettern vor den Köpfen ein Haus für alle bauen“, beschreibt Dieter Bornschlegel, einer der beiden Initiatoren, das Ziel. Der Gitarrist, Sänger und Kopf des Darkwave-Projekts *Dein Schatten*, will nicht länger hinnehmen, dass Krieg zum Dauerbrenner und Kriegspropaganda zur Normalität wird. Stefan Kroll, zweiter Verantwortlicher der Aktion und Sänger der Punkrock-Band *Creutzfälltjacob*, erklärt: „Durch Zensur werden den Medien Bilder und Pseudo-Fakten aufgezwungen, die der Öffentlichkeit die Unvermeidlichkeit eines Krieges vermitteln. Wir wollen jeden einzelnen dazu anregen, diesen Pseudo-Fakten gegenüber kritisch zu bleiben und sich ein eigenes Bild zu schaffen. Wir möchten erreichen, dass die Menschen miteinander sprechen und sich für neue Meinungen öffnen.“

Auf der CD sind neben den Bands der beiden Initiatoren auch weitere namhafte Künstler vertreten wie Deedee Ramone, Dritte Wahl, Hans Hartz, Skeptiker, The Ancient Gallery, um nur einige zu nennen. Daneben gibt es aber auch Musik von Semi-Professionellen und Amateurbands. Die Stile reichen vom Punk über Hip Hop, Liedermacher, Jazz, Metal und Rock bis hin zu elektronischer Musik. Die ersten beiden CDs erscheinen demnächst auf dem Label KMG Records.

www.visioneuropa.de

Rasterfahndung jetzt europaweit? AStA Aachen protestiert

AACHEN. Bundesinnenminister Otto Schily fordert eine europäische Rasterfahndung und „eine Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Studierende nicht nur von deren persönlichen Verhältnissen und scheinbarer Gesetzestreue“ abhängig zu machen. Im Klartext: Die bisher geltende Unschuldsvermu-

tung soll in ihr Gegenteil verkehrt werden. Damit verschärft Schily ein weiteres Mal die soziale Kälte, die ausländischen Studierenden heute schon jeden Tag entgegenschlägt. Die Betroffenen werden nach der Einführung der „Anti-Terror-Gesetze“ als potentielle Terroristen abgestempelt. Nach dem 11. September ist es schon heute für ausländische Studierende in vielen Fällen unmöglich, eine Wohnung zu finden, beim Einkauf als „normale“ Kunden behandelt zu werden oder ungehindert mit der Bahn zu fahren. Gerade in der Grenzregion werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe häufiger kontrolliert und berichten dabei immer wieder von einer entwürdigenden Behandlung bei diesen Kontrollen.

Eine erneute Diskussion über Rasterfahndung, Aufnahme biometrischer Daten in das Visum und die Verknüpfung der Themen „Islamistischer Terrorismus“ und „Zuwanderung“ wird zu einer weiteren Verschärfung des Alltagsrassismus führen. Der AStA der RWTH wendet sich entschieden gegen die pauschale Vorverurteilung von ausländischen Studierenden. Wir lehnen den Missbrauch persönlicher Daten zum Beispiel in Form der Rasterfahndung generell ab. Wir fordern ein soziales Klima, in dem Menschen gleich welcher Hautfarbe, Religion und Herkunft friedlich miteinander leben dürfen. *AStA RWTH Aachen, 16.10.02*

Studiengebühren doch bald für alle?

WUPPERTAL. Auch schon ein halbes Jahr vor der geplanten Einführung von Studiengebühren durch die rot-grüne Landesregierung werden viele Studierende in Nordrhein-Westfalen von der Fortsetzung ihres Studiums abgeschreckt. In Wuppertal sind nun, ebenso wie an vielen anderen Universitätsstandorten, deutlich höhere Exmatrikulationszahlen bekannt geworden. Zum diesjährigen Wintersemester haben sich bisher 1616 Studierende exmatrikuliert. Das sind bereits jetzt 17,3 % mehr als noch im letzten Jahr. Zu erwarten ist jedoch, dass sich noch weitere Studierende zum Semesteranfang, exmatrikulieren werden und so die Zahl noch weiter steigen wird. „In NRW rechnen wir zur Zeit mit circa 100.000 Studierenden, die ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen, dies entspricht etwa jedem 5. Studierenden“, erklärte Björn Kietzmann, AStA Vorsitzender der BUGH Wuppertal. Dieser Exmatrikulationstrend war jedoch zu befürchten. Ähnliches geschah auch bei der Studiengebühreneinführung in Baden-Württemberg, wo etliche Studierende ohne Abschluss ihr Studium abbrechen mussten. „Dies scheint jedoch in den aktuellen Haushaltsplanungen nicht berücksichtigt worden zu sein. Einsparungen in Höhe von 104 Millionen Euro sind reine Utopie“, setzt Kietzmann fort. „Eine mögliche Konsequenz wäre die Streichung von Mitteln für die Studentenwerke, die durch die Beiträge aller Stu-

dierenden aufgefangen werden müssten. So würden durch die Hintertüre Studiengebühren für alle Studierenden eingeführt.“ *AStA BUGH Wuppertal*

Vertuschter Nuklearunfall wohl Ursache der Kinderleukämien

MARSCHACHT. Die Leukämiefachkommission Schleswig-Holstein bestätigte in ihrer Sitzung am 14.10.02 in dem Elbmarschort Marschacht die Ergebnisse der IPPNW-Gutachten der AG Physikalische Analytik und Messtechnik (ArgePham). Danach ist im Boden von Elbmarsch und Elbgeest großflächig plutoniumhaltiger Kernbrennstoff zu finden (sogenannte PAC-Teilchen). Die Behörden hatten das Vorhandensein von PAC-Teilchen bisher abgestritten.

„Die Studien sind wissenschaftlich einwandfrei und entsprechen dem neuesten Stand der Technik“, sagte Kommissionsvorsitzender Otmar Wassermann, Prof. für Toxikologie i.R. der Universität Kiel. Die Kommission kam aufgrund der vorliegenden Studien zu dem Schluss, dass mit größter Wahrscheinlichkeit ein bisher vertuschter Nuklearunfall für die Verteilung der PAC-Teilchen um die Geesthachter Atomanlagen verantwortlich ist. Die künstliche Radioaktivität ist nach Auffassung der Kommission Auslöser der ungewöhnlichen Häufung kindlicher Leukämien um die Atomanlagen Geesthachts.

Die IPPNW begrüßte das Votum der Fachkommission. „Wir sind sehr erleichtert, dass unabhängige Wissenschaftler die Ergebnisse unserer Gutachter bestätigt haben“, sagte Dr. Ute Watermann, Sprecherin der IPPNW. Die Gutachten der Behörden beurteilte die Kommission dagegen als methodisch falsch.

Die Leukämiefachkommission wurde 1991 von der schleswig-holsteinischen Regierung zur Aufklärung der kindlichen Leukämien einberufen. Die Kommission kritisierte, dass sie von den Behörden seit längerer Zeit nicht über die bekannten Studien informiert worden seien, sondern stattdessen vom Bürgermeister der Gemeinde Marschacht zu einem Erörterungstermin eingeladen wurden. Auch der Kommissionssitzung blieben die Regierungsvertreter trotz Einladung fern.

Neben der Gutachtergruppe der ArgePham haben mittlerweile auch andere Wissenschaftler die PAC-Teilchen nachgewiesen, darunter Dr. habil. Fred Stevenson, Strahlenbiologe an der Universität Kiel, die Bremer Physikerin Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake und Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz. „Die festgestellten Transurane und Spaltprodukte im Erdboden und Dachstaub in der Geest stammen aus Mikro-Schwermetallkugeln, den PAC-Kernbrennstoffen. An diesen besonderen Brennstoff arbeitete die Atomforschung der 70er- und 80er-Jahre. Offenbar hat man auch bei Geesthacht mit diesem Material experimentiert und

dabei ist es im September 1986 zu einem Unfall gekommen“, sagte Pflugbeil.

Die Kommission fordert eine Kartierung der Geesthachter Umgebung in Bezug auf das Vorhandensein von Kernbrennstoff. *www.ippnw.de*

Ver.di-Aktion für Mindeststandards einem neuen Kindergartengesetz

STUTTGART. Mit Interesse verfolgten Passanten, die am Samstag, den 12.10.02, den Cannstatter Wochenmarkt besuchten, die landesweite Aktion der Gewerkschaft ver.di zum Thema neues Kindergartengesetz. Vertreter vom Landes-

elternbeirat der Kindertagesstätten und ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg haben gemeinsam einen Gesetzentwurf erar-

beitet, für den bei der Aktion geworben wurde. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach landeseinheitlichen Mindeststandards, die ohne finanzielle Beteiligung des Landes nicht umgesetzt werden können. Ziel der Landesregierung ist es, die Kosten möglichst auf die Kommunen abzuwälzen. Dagegen richtet sich der Protest von Elternvertretern und Gewerkschaft. *mok*

Welche Wege gibt es aus der internationalen Schuldenkrise?

BERLIN. Am 30. und 31. Oktober 2002 führen die Organisationen *BLUE 21*, *erlassjahr.de* und *attac* eine gemeinsame Konferenz durch zum Thema „Wege aus der Schuldenkrise – Kontroversen innerhalb der Bewegung. Welche Chancen bieten Schiedsverfahren?“ In ihrer Einladung heißt es: Spätestens seit dem „offiziellen Ausbruch“ der Schuldenkrise der Dritten Welt im Jahre 1982 streiten sich nicht nur die Schuldner und Gläubiger über die richtigen Lösungsstrategien. Dabei gehen die Positionen zwischen radikalen und eher reformorientierten Kräften in der entwicklungspolitischen und internationalistischen Bewegung bisweilen weit auseinander und stehen nicht selten recht unvermittelt nebeneinander. Diese Konferenz unternimmt den Versuch einer Bestandsaufnahme der deutschen und internationalen Diskussion um Entschuldung und scheut sich dabei auch nicht, die weiterhin bestehenden Differenzen zu benennen. Es darf dabei aber nicht darum gehen, die Gräben zu vertiefen. Vielmehr gilt es, nach Berührungspunkten zu suchen. Ziel der Konferenz ist es, das in jüngerer Zeit verstärkt diskutierte Instrument fairer und transparenter Schiedsverfahren (Fair and Transparent Arbitration Processes – FTAP) zur Lösung von Schuldenkrisen vorzustellen und zu prüfen, welche Chancen dieser Vorschlag für den Umgang mit den Kontroversen innerhalb der Bewegung bietet.

Weitere Infos: *www.attac-netzwerk.de*

In großer Sorge um Gemeindefinanzen

Konstanz – Große Sorgen bereiten der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Baden-Württemberg und den Personalräten die derzeitige Lage der Gemeindefinanzen. Auf einer Konferenz der Personalräte der baden-württembergischen Mittelstädte (50.000–100.000 EinwohnerInnen) wurde in Konstanz intensiv die Lage erörtert.

Starke Kopfschmerzen machten den Interessenvertretungen die drastisch zurückgehenden Einnahmen der Städte und Gemeinden, die dazu führe, dass die öffentlichen Investitionen drastisch schrumpften und notwendige Aufgaben nicht mehr erledigt werden könnten. Bei der Stadt Sindelfingen etwa seien dieses Jahr die Gewerbesteuererinnahmen um 42 Prozent gesunken, mit weiter fallender Tendenz, so die ver.di-Zuständige, Dagmar Schorsch-Brandt. Am meisten hätten darunter die Bürgerinnen und Bürger zu leiden. Mittlerweile sei es in vielen Kommunen gängige Praxis, dass Eltern Kindertagesstätten und Schulen renovierten. Hinzu komme ein massiver Verlust an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die in den letzten zehn Jahren allein im Bereich der baden-württembergischen Kommunen die Zahl der Arbeitsplätze von Arbeiterinnen und Arbeitern von 1993 bis 2001 um 24000 reduziert wurden.

Die Personalräte und ver.di forderten die Verantwortlichen bei Bund und Ländern auf, die Steuergesetzgebung zu ändern, um die kommunale Einnahmesituation schnell zu verbessern. Maßnahmen könnten dabei beispielhaft sein: die Verringerung der von den Kommunen an Bund und Länder zu zahlende Gewerbesteuerumlage von 30 auf 20 Prozent; eine Verstetigung der Gewerbesteuererinnahmen durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und der Zahl der Steuerpflichtigen (Einbeziehung der FreiberuflerInnen); die Einführung einer Mindestbesteuerung für Unternehmen; die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, das Stopfen von Steuerschlupflöchern.

Es könne nicht sein, so die für Kommunen zuständige Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, dass die öffentlichen Investitionen in den letzten zehn Jahren um acht Mrd. Euro verringert wurden, der Anteil der Lohnsteuer an den staatlichen und kommunalen Einnahmen von 30 auf 35 Prozent gestiegen sei, während gleichzeitig der Anteil aus Unternehmensgewinnen und Vermögen von 25 auf 16 Prozent zurückgegangen sei. „Die Kommission der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen muss Vorschläge erarbeiten, die sozial ausgewogen sind“, forderte Dagmar Schorsch-Brandt.

ver.di Newsticker, 11.10.2002

Städtische Beschäftigte und Bürger Opfer der Steuergeschenke an die Konzerne

ver.di München, 14.10.02. OB Christian Ude wird am 15.10.02 die städtischen Beschäftigten über die aktuelle Finanzsituation der Landeshauptstadt informieren und auf den geplanten harten Sparkurs hinweisen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert den OB auf, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. ver.di weist darauf hin, dass inzwischen kein einziger der sieben im DAX notierten Münchner Konzerne mehr einen einzigen Cent Gewerbesteuer zahlt. Nach Ansicht des ver.di-Geschäftsführers H. Birner ist es eine bodenlose Ungerechtigkeit, wenn zur Finanzierung der Steuergeschenke an die Konzerne, sowohl die städtischen Beschäftigten als auch die Bürger Opfer bringen sollen.

Finanzsituation wird sich wieder entspannen

Birner rechnet fest damit, dass die gemeinsamen Bemühungen von ver.di und den Kommunen erfolgreich sein werden und die Bundesregierung bereits im Jahr 2003 die Einnahmen der Städte und Gemeinden wieder auf solidere Beine stellt. Auch die bayer. Staatsregierung hat bereits angekündigt, dass sie eine Initiative im Bundesrat ergreifen werde, damit der Anteil der Gewerbesteuer, der von den Kommunen an Bund und Land abzuführen ist, wieder gesenkt wird.

Kein Grund für Entlassungen

Für ver.di gibt es deshalb keinen Grund, das Wort betriebsbedingte Kündigungen auch nur in den Mund zu nehmen. Die städt. Beschäftigten erbringen engagiert und motiviert Dienstleistungen für die Bürger. Birner fordert den Oberbürgermeister auf, den Beschäftigten die Angst vor Entlassungen zu nehmen. Wer in Sorge um seine Existenz ist, von dem können keine guten Leistungen erwartet werden.

Tarifverträge schützen Löhne und Gehälter

ver.di weist darauf hin, dass Löhne und Gehälter, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Zeit- und Erschwerniszuschläge sowie die Münchenezulage nicht unter den Sparhammer geraten können. Diese Lohnbestandteile sind allesamt durch Tarifverträge der früheren ÖTV (jetzt ver.di) abgesichert. Auch die sogenannten sozialen

Leistungen der Stadt München, wie z.B. Essenszuschüsse, können nicht einseitig gekürzt werden. Aufgrund jahrelanger betrieblicher Übung haben die Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen erworben. In der teuren Stadt München sind diese Leistungen ein notwendiger Einkommensbestandteil geworden. (...)

Kritik am Budgetierungssystem

Mit dem 2. Haushaltssicherungskonzept der Stadt München ist das Fundament für ein falsches Budgetierungssystem gelegt worden, das jetzt zu zweifelhaften Sparvorschlägen führt, erklärte der Gewerkschafter. Quer über alle 12 städtischen Referate wurde damals ein einheitlicher Kostendeckel für die Sachkosten und die Personalkosten gestülpt. Nicht berücksichtigt wurde, dass die jeweiligen Dienstleistungen der Referate unterschiedlich personalintensiv sind. Zum Kinder erziehen, Feuer löschen, Baugenehmigungen erteilen oder Schüler unterrichten sind nun mal menschliche Arbeitskräfte erforderlich, die nur um den Preis der Reduzierung städtischer Dienstleistungen abgebaut werden können. Referate mit einem hohen Personalkostenanteil sind aber durch das falsche Budgetierungssystem gezwungen überproportional Stellen abzubauen. (...)

Auch städtische Beschäftigte brauchen eine Lohnerhöhung

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beginnen voraussichtlich im November. Die Lebenshaltungskosten werden auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten bei der Stadt München teurer. Deshalb brauchen sie eine Einkommenserhöhung mindestens in der Höhe, wie sie in diesem Jahr in den privatwirtschaftlichen Branchen vereinbart wurde.

Tariflohnerhöhungen können und dürfen aber nicht aus den eingefrorenen Budgets der Referate gezahlt werden erklärt ver.di. Solange das derzeitige Budgetierungssystem nicht geändert wird, müssen Tariflohnsteigerungen sonderfinanziert werden. Das Angebot von Oberbürgermeister Ude über 1% Sonderfinanzierung ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, löst aber das Problem nicht, so Birner.



**Hamburg: Der Senat soll einpacken!
Solidarität statt Ausgrenzung!**

Aktionswoche gegen Sozialkürzungen

4. November bis 8. November 2002

Am 31. Oktober ist der Rechtssenat ein Jahr im Amt. Ein Jahr antisoziale Politik: gegen Frauen und Mädchen, gegen Kinder und Jugendliche, gegen SchülerInnen, gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, gegen Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen.

Ein Jahr Neuordnung des Sozialen Hilfesystems unter dem Diktat von Law-and-Order: Einführung der geschlossenen Heime für Kinder und Jugendliche, Einführung der Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit für 1 Euro die Stunde ohne jede ArbeitnehmerInnenrechte, verschärfte Brechmitteleinsätze.

Ein Jahr des Kahlschlags in allen Bereichen: Das Amt der Ausländerbeauftragten wurde abgeschafft. Frauen- und Mädchenprojekte wie auch MigrantInnenprojekte sind massiv gekürzt worden. Die Löhne in den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sind bis unter die Armuts-grenze gesenkt worden sind. In allen Bereichen wurde Personal abgebaut; dadurch stieg die Arbeitsbelastung über alle Maßen.

Und der Senat will mit seinem Kurs von Law-and-Order und Neoliberalismus weiter machen: Die bezirkliche Schuldnerberatung, Berufsschulen, Freizeitbäder und der Landesbetrieb Krankenhäuser sollen privatisiert werden. Trotz steigender Fallzahlen wird die Sozialhilfe weiter gekürzt und Personal bei den Sozialämtern abgebaut. Die bezirkliche Behindertenberatung wird bis zur Funktionsunfähigkeit eingeschränkt. Bauwagenplätze sollen geräumt, der Strafvollzug massiv verschärft und das Schulgesetz repressiver gefasst werden. Die Giftliste könnte beliebig fortgesetzt werden.

Wir sagen: Es reicht!

- **Schluss mit der Zerschlagung des sozialen Hilfesystems!**
- **Keine Unterordnung sozialer Hilfen unter Law-and-Order-Vorgaben**
- **Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen**
- **Für höhere Steuern bei Unternehmen, Wohlhabenden und Privilegierten**
- **Bekämpft die Armut, nicht die Armen!**
- **Her mit dem schönen Leben!**

VER.di – VEREINIGTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT,
SOZIALPOLITISCHE OPPOSITION HAMBURG, AKTIONSBÜNDNIS
GEGEN GESCHLOSSENE UNTERBRINGUNG, FRAUENPROJEKTE-TREFFEN

Antifaschistischer Stadtratsbeschluss. MÜNCHEN. Erstmals einstimmig rief der Münchner Stadtrat zur Beteiligung an den Protesten gegen die Nazidemstration am 12. Oktober 2002 und zum Besuch der Wehrmachtsausstellung auf. Der Beschluss lautet:

Im Hinblick auf die für kommenden Samstag angekündigte Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung hat die Vollversammlung des Stadtrats jetzt unter dem Titel „Ja zur kritischen Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit, Nein zu Neo-Nazi-Aufmärschen in München, Aufruf zu demokratischem Engagement“ einstimmig folgende, von Oberbürgermeister Christian Ude eingebrachte Resolution verabschiedet:

I. Die Stadt München stellt sich der Verantwortung, sich kritisch mit nationalsozialistischer Vergangenheit auseinander zu setzen. Sie hat deshalb auch die zweite, überarbeitete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nach München geholt und damit der Münchner Bevölkerung die Gelegenheit gegeben, sich vertieft mit dem Thema auseinander zu setzen und erforderliche Korrekturen im Detail zur Kenntnis zu nehmen. Der Stadtrat fordert die Münchnerinnen und Münchner auf, die Ausstellung zu besuchen und von den zahlreichen Angeboten des Rahmenprogramms Gebrauch zu machen. Mitschuld von Teilen der Wehrmacht, vor allem der Führung, an Verbrechen des Nationalsozialismus kann und darf nicht geleugnet werden.

II. Wie 1997 wird die Ausstellung von neo-nazistischen Gruppen zum Anlass genommen, Aufmärsche in München durchzuführen. Zu diesen Aktivitäten und insbesondere zu dem für den 12. Oktober angekündigten Demonstrationzug stellt der Stadtrat der Landeshauptstadt München fest:

- Neo-nazistische Aufmärsche sind in München unerwünscht! In München ist kein Platz für neo-nazistische Aufmärsche!
- Es ist unerträglich, dass fast 60 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Neo-Nazis wieder ihre rassistischen, anti-semitischen und geschichtsfälschenden Ideologien verbreiten.

• Das Kreisverwaltungsreferat und die Münchner Polizei werden gebeten, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um volksverhetzende Parolen ebenso zu unterbinden wie das Zeigen verfassungsförderlicher Symbole.

III. Der Stadtrat fordert die Münchnerinnen und Münchner auf, am kommenden Samstag deutlich zu machen, dass nationalistische, rassistische und anti-semitische Parolen in München keinen Widerhall finden und dass in dieser Stadt kein Platz für neonazistische Aktivitäten ist. Stehen Sie auf für eine demokratische Stadtgesellschaft und be-

teiligen Sie sich an demokratischen Protesten. *mlb 22*

Beschluss gegen Diskriminierung. MAGDEBURG. Die Bezeichnung des Asylwerberheims in Bernburg als „Bazillennutterschiff“ durch den CDU-Ortsvorsitzenden Marsch hatte am 10. Oktober 2002 ein parlamentarisches Nachspiel. Neben der allgemeinen Kritik an dieser ausländerfeindlichen Äußerung griff die stellv. PDS-Fraktionsvorsitzende Bull auch Parlamentspräsident Spotka und Innenminister Jeziorsky (beide CDU) an. Sie hätten an der Veranstaltung in Bernburg teilgenommen und dem Redner nicht widersprochen. In der parlamentarischen Debatte dazu ergriffen sie nicht das Wort. Ein PDS-Antrag, in dem beide indirekt wegen ihres Nicht-Eingreifens kritisiert werden, wurde abgelehnt. Angenommen wurde hingegen ein Alternativantrag von CDU und FDP. Darin wird betont, dass sich der Landtag gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Ausländer ausspricht. Bernburg wird darin nicht direkt angesprochen.

Mitteldeutsche Ztg, 12. 10.02

825. Mitträger bei „erlassjahr.de“ RECKLINGHAUSEN. Seit Anfang September ist die Stadt Recklinghausen Mitträger des bundesweiten entwicklungspolitischen Bündnisses „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“. Damit hat die Ruhrgebietsstadt jetzt den früheren Ratsbeschluss umgesetzt, sich für ein weltweit einheitliches Insolvenzrecht einzusetzen, das den verarmten Staaten des Südens helfen soll, ihren ungeheuren Schuldenberg abzutragen. „Die Idee zum Beitritt kommt aus unserem Agendaforum und ist ein schönes Beispiel dafür, dass wir uns auch in Recklinghausen unserer Verantwortung für die Lösung weltweiter Probleme bewusst sind“, erklärte Bürgermeister Pantförder. Recklinghausen ist die einzige Kommune in der Entschuldungsinitiative und hat die Nr. 825. *www.erlassjahr.de*

Verschwiegene Gemeinderäte. Konstanz. SPD-Stadtrat Weber erreichte es, dass ein Antrag der CDU auf Archivierung des Verlaufs der Gemeinderatssitzungen per Tonband mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Vehement hatte er eine Fülle von Gegenargumenten aufgelistet. Ungeklärt sei die Frage nach dem Personenkreis, der Bänder abhören dürfe oder ob und wann Reden gelöscht werden könnten. Seine Ausführungen gipfelten in der Erklärung, beim Durchsehen der öffentlichen Protokolle der Verwaltung habe er festgestellt, dass einige seiner Kollegen vielleicht froh sein würden, wenn ihre – nicht immer stilreinen Bemerkungen – später nicht mehr zu hören seien. *Seeböttle 5/2002*
Zusammenstellung: baf

IG Metall kämpft gegen die Folgen der Krise

Die IG Metall wirft den Unternehmen in der Informationstechnik (IT) und Telekommunikation (TK) vor, vorschnell und einfallslos mit Stellenabbau auf die Branchenkrise zu reagieren. Auf einer Kundgebung auf der Hülb in Böblingen, dem „ehemaligen Silicon-Valley des beinahe Wirtschaftskompetenten Lothar Späth“, sagte Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall, vor weit über 1.000 Beschäftigten der IT- und TK-Branche: „Statt konzeptionslos weiter abzubauen und zu entlassen, sind intelligente Alternativen und mutige Entscheidungen erforderlich, um die Krise zu bewältigen und die Beschäftigten zu halten.“

Am 1. November werden die Beschäftigten von Compaq und HP in Deutschland in einer Firma zusammengeführt. Aktuell sollen bei HP-neu mehr als 1.000 Stellen abgebaut werden. Weiterer Stellenabbau und Reorganisation in den kommenden Jahren sind absehbar. Ähnliches erleben aber auch die Beschäftigten in vielen anderen Unternehmen in der IT- und TK-Branche.

Allein in der Region Stuttgart sind 5.000 Arbeitsplätze in der IT- und der TK-Branche in Gefahr. TK-Ausrüster wie Alcatel SEL in Stuttgart oder Marconi in Backnang bekommen immer weniger

Aufträge. 700 Arbeitsplätze bei Alcatel SEL werden in Stuttgart derzeit gestrichen. Bei Marconi soll mehr als jeder dritte Arbeitsplatz wegfallen.

Bei IBM sind weltweit bereits 15.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. In der Region Stuttgart werden Aufhebungsverträge in großer Zahl geschlossen. Hunderte von Stellen stehen zur Disposition. Die Verunsicherung in der Belegschaft ist groß. Das frühere IBM-Leiterplattenwerk, heute STP, mit seinen 820 Beschäftigten steht vor dem endgültigen Aus.

Für T-Systems ist gerade ein Personal-

abbau von bis zu 3.500 Stellen angekündigt worden. Und das, obwohl das neue Unternehmen nach der Übernahme des debis Systemhauses durch die Telekom auf klaren Expansionskurs getrimmt worden ist.

Klaus Zwickel forderte die Unternehmen auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen. Arbeitszeitverkürzung, Altersteilzeit, Vorruhestand, Teilzeit, Kurzarbeit, Sabbaticals und Time-out-Programme seien intelligente Maßnahmen zur Krisenbewältigung. (...)

PM, IGM // www.bw.igm.de/region/stuttgart/



Düsseldorf, Berlin, München

Proteste bei Siemens

Am Freitag, den 11.10.02, rief die IG Metall zu Protestkundgebungen auf. Diesmal waren die Kundgebungen nicht mehr auf das Werksge- lände beschränkt. Die Belegschaften zogen in die Stadt:

In Düsseldorf waren es 1.500, in Berlin 2.000 Betroffene. Trotz Nieselregen protestierten fünf vor zwölf in München 3.000 nach Angaben der IGM stilvoll vor der Konzernzentrale am Wittelsbacher Platz, zeigten dort dem Vorstand die rote Karte und zogen dann weiter an die nahe Börse.

Der Vorstand hatte es allerdings vorgezogen, diesmal seine Sitzung nach Erlangen zu verlegen ...

Ein Augsburger Teilnehmer an der Münchner Demonstration berichtet:

Wieder richtete sich der Protest gegen die Absicht von Siemens, einen massiven Stellenabbau im Bereich I&S (Industrielle Dienstleistungen) und bei ICN (Telefon und Netzwerktechnik, Mobilfunk) zu betreiben. Dazu sollen vor allem auch zahlreiche Ausgliederungen/Verkäufe kommen. Nachdem absehbar war, dass diesmal die Öffentlichkeit mit einbezogen würde, kam am Vormittag eilig eine Pressemitteilung vom Unternehmen heraus, die sich einerseits die Einmischung von außen (IG Metall) verbat, andererseits das Thema Kündigungen herunterzuspielen versuchte: Siemens stelle doch auch Tausende neu ein. Gemeint sind da-

bei die (laut Tarifvertrag verbindlichen) Übernahmen aus Ausbildungsverhältnissen. Die Ausgliederungen wurden schlicht als sozial verträglich nahezu übergangen. Dort aber liegt die Sorge der Kolleginnen und Kollegen.

Vor wenigen Wochen erst wurde verkündet, die Ausgliederungen werden zunächst über siemensnahe GmbH-Organisationen laufen. Dies sei aber nur möglich, wenn es Haustarifverträge gebe, die deutlich unter dem bei der Gebäudetechnik vor einiger Zeit abgeschlossenen (Handwerks-) Tarif, lägen. Dabei ist festzustellen, dass in weiten Bereichen versucht wird, die Tarifierhöhungen vom

Frühjahr zu unterlaufen, durch Kürzungen bei den Sonderzulagen, und anderen Zusatzleistungen.

Die Proteste der Belegschaft kamen in einer Phase, wo die Leitung Siemens erkennen muss, dass sich die Vorhaben nicht so schnell realisieren lassen wie geplant. Auch regt sich Unmut bei den Kunden. Das bedeutet, es war höchste Zeit, dass sich etwas bewegt. Und man kann annehmen, dass es eine Wirkung gibt, denn bei Siemens war die Belegschaft bisher kaum in die Öffentlichkeit gegangen. Besonders hervorzuheben ist, dass der Protest auch aus Bereichen mit sehr hohem Angestelltenanteil kam. CT

Transparenttext vor der Siemenszentrale in München: *Der Plerer hat 'nen Analyst. Ihr wisst vielleicht nicht, was das ist. Ein Analyst, das ist ein Mann, der viel verspricht und wenig kann.*



Druck erzeugt Probleme

In der neuesten Ausgabe des „Scheibenwischer“, IG Metall Betriebszeitung für DaimlerChrysler Stuttgart, sind Berichte abgedruckt, die einen interessanten Eindruck vermitteln, wie die strategischen Vorgaben der Konzernleitung auf die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsabteilungen durchschlagen. Wir dokumentieren:

Auf großes Interesse stieß die diesjährige Centerversammlung in der Entwicklung Pkw. Probleme, eine Menge Unsicherheit und offene Fragen der Beschäftigten mobilisierten über 1.500 Kolleginnen und Kollegen. Fast die gesamte Belegschaft in diesem Bereich. Vor dieser eindrucksvollen Kulisse konfrontierte der Betriebsrat die Entwicklungsleitung mit einer Reihe drängender Problemfelder, die geradezu nach Lösungen schreien.

Führungsstil in der Entwicklung: Warnrufe ernst nehmen

DaimlerChrysler lebt eine offene Unternehmenskultur. Zumindest in der Theorie. Wie weit jedoch Theorie und Praxis auseinander liegen können, sieht man derzeit in der Entwicklung Pkw. Es hat den Anschein, als sei die vielbeschworene offene Unternehmenskultur dort nicht mehr als eine Worthülse.

Bei vielen Beschäftigten in der Entwicklung hat sich der Eindruck verstärkt, dass es nicht mehr erwünscht ist, Probleme offen zu benennen und auf den Tisch zu bringen. Untermauert wird dies durch zahlreiche Rückmeldungen von verunsicherten Mitarbeitern an den Betriebsrat. Das Klima der Offenheit gehört der Vergangenheit an. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen hat mittlerweile der Mut verlassen. Aus Angst vor Konsequenzen für das eigene berufliche Weiterkommen behalten viele oft ihre Meinung für sich und wagen es nicht zu widersprechen.

Das eigentlich erschreckende an diesem Zustand: Dies geht mittlerweile quer durch alle Hierarchieebenen. Auch wenn in der Entwicklung zum Teil ein strafferer Führungsstil manchmal durchaus angebracht ist, um auch rasch zu Entscheidungen zu kommen, so scheint der Bogen doch überspannt.

Die Warnrufe aus der eigenen Belegschaft dürfen nicht ungehört verhallen. Die Signale aus der Belegschaft sollte man nicht ignorieren, sondern ernst nehmen. Denn nur wenn die Probleme offensiv angegangen werden, können Lösungen dafür gefunden werden, ehe noch mehr Porzellan zerbricht. Es liegt jetzt an der Entwicklungsleitung den Ball aufzunehmen und bereits entstandene Barrieren einzureißen, damit wieder ein Klima der Offenheit im Umgang miteinander entsteht.

Als erste Reaktion auf die angesprochene Situation hat Herr Schöpf auf der Centerversammlung im Rahmen seiner Rede spontan das Angebot unterbreitet,

die Mitarbeiterbefragung 2003 vorzuziehen und speziell auf die Entwicklung abstimmen zu lassen. Der Betriebsrat wird seinen Teil dazu beitragen. Wichtig ist, dass durch die Befragung dann die Probleme auch wirklich auf den Tisch kommen und die Situation in der Entwicklung transparent wird. Aber wirklich entscheidend wird dann sein, welche Konsequenzen aus den Erkenntnissen gezogen werden.

Reifegrad: Grenzen sind erreicht – keine Lösungen

Unbestritten, wir leben in rasanten Zeiten. Auch, oder vor allem, in der Automobilindustrie. Ein Modell jagt das nächste. Entwicklungszyklen wurden drastisch verkürzt. Der Wettbewerb zwischen den Automobilherstellern um die Schnelligkeit von ersten Konzeptüberlegungen bis zur Produktreife ist allgegenwärtig.

Bei allen Fortschritten fordert diese „first to market“-Strategie jedoch auch viele Opfer von den betroffenen Mitarbeitern. Konkret bedeutet dies für die Beschäftigten: stark verkürzte Projektzeiten, einhergehend mit faktisch verlängerten Arbeitszeiten durch erhöhten Projektdruck. Dadurch entstehen enorme psychische und physische Belastungen und private Bedürfnisse wie z.B. das Familienleben werden immer öfter hinten angestellt. Dies kann so nicht weitergehen, sonst entsteht ein nachhaltiger Schaden bei den Betroffenen, aber auch für das Arbeitsklima insgesamt. Jedoch sind die Grenzen nicht nur bei den Menschen erreicht. Auch die Produkte stoßen mittlerweile an ihr Limit. Erprobungsphasen werden immer kürzer, die Anzahl der Prototypen und Testwagen immer weiter reduziert. Allerdings ist nichts gewonnen, wenn die dadurch eingesparten Kosten, später durch einen Anstieg von Garantie- und Kulanzkosten teurer bezahlt werden müssen. Oder wollen wir heute unsere Probleme von morgen produzieren?

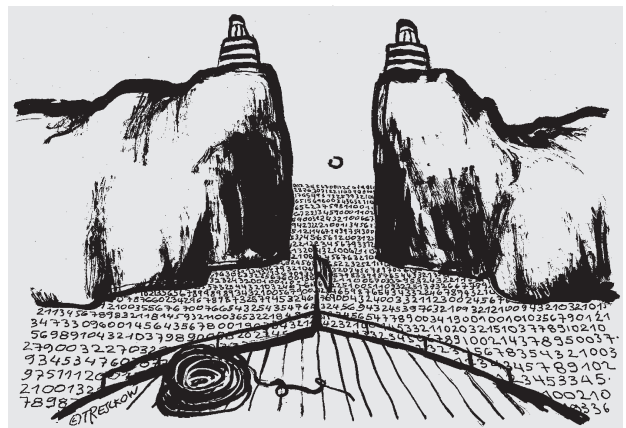
Fremdvergabe: Der falsche Weg

Für viele Beschäftigte ist das Wort Fremdvergabe gleichbedeutend mit: Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes,

Know-how-Verluste im Unternehmen und immer wieder auftauchenden Abstimmungsproblemen mit Fremdfirmen. Seit Jahren ist dieses Thema auch sehr eng mit der Entwicklung Pkw am Standort verbunden. Deutliche Kosteneinsparungen sollte die Fremdvergabe bringen. Doch die Einsparungen kommen uns im Endeffekt manchmal teuer zu stehen. Eine neue Dimension bekommt das Thema Fremdvergabe aktuell durch den Ausbau der Gesellschaft IMH (Institut für Motorenbau), einer Tochter der MBtech. Ziel des Ausbaus ist es bei der IMH künftig ein ganzes Aggregat wie z.B. einen Motor zu entwickeln. Da die IMH ursprünglich lediglich Kapazitäten für die Zusammenarbeit mit Zulieferern schaffen oder Kapazitäten bei Produktengpässen und Auftragsspitzen zur Verfügung stellen sollte, ist die eigentliche Zielsetzung deutlich überschritten.

Alleingang der Entwicklungsleitung?

Es war nie die Rede davon, reguläre Entwicklungsarbeit an die IMH zu vergeben. Auch mit dem Vorstand wurden solche Schritte nicht abgestimmt. Es hat für den Betriebsrat den Anschein, als befände sich die Entwicklungsleitung hier im Alleingang.



Dieses Thema betrifft allerdings nicht nur den Entwicklungsstandort Untertürkheim. Auch das MTC in Sindelfingen ist davon betroffen. Deshalb wird sich der Gesamtbetriebsrat dieses Themas annehmen. Kosteneinsparungen durch bezahlte Fremdleistungen sind der falsche Weg. Wo dauerhaft IMH-Mitarbeiter in Abteilungen der Pkw-Entwicklung beschäftigt sind, müssen feste Planstellen für DaimlerChrysler-Mitarbeiter geschaffen werden. Nur so können wir das vorhandene Know-how im Unternehmen halten. Gerade dies hat in der Vergangenheit zum enormen Erfolg der Marke Mercedes-Benz beigetragen. Man sollte es jetzt nicht leichtfertig aus Spiel setzen, über den Tag hinaus denken und nicht nur an kurzfristigen Kosteneinsparungen orientieren. Der Betriebsrat wird alle seine Mittel ausschöpfen, um dieses wichtige Know-how-Potential auch zukünftig im Unternehmen zu halten.

Scheibenwischer, Oktober 2002

Zur Delegiertenversammlung am 10. Oktober 2002 hat der Ortsvorstand der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt ein Thesepapier vorgelegt, das die Frage der Arbeitszeitgestaltung erneut ins Zentrum der Auseinandersetzung in der Verwaltungsstelle rückt. Die Thesen befassen sich mit den Themen Gleitzeit, Zeitkonten, Vertrauensarbeitszeit, Projektarbeit, Langzeitkonten und der künftigen tariflichen Arbeitszeitpolitik. Auf der Delegiertenversammlung gab es zum Papier nur eine erste persönliche Stellungnahme des Betriebsratsvorsitzenden von ZF Sachs, Willy Dekant. Nachdem im Jahr 2000 eine sehr intensive und schwierige Debatte über Fragen der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung mit dem Schwerpunkt Produktion geführt worden war, die zu einer Entschließung der Delegiertenversammlung im Februar 2001 führte, wendet sich der Ortsvorstand jetzt der Arbeitszeitgestaltung in anderen Bereichen, vor allem auch höher qualifizierter Angestellten, zu.

Ob die Debatte wieder mit hohem Engagement geführt wird, wird sicher auch davon abhängen, ob die betrieblichen Akteure den Kraftaufwand, den sie in die Diskussion über die Arbeitszeitgestaltung in der Produktion investiert haben, im Rückblick als lohnend empfinden. Dafür wäre sicher nützlich, wenn der Ortsvorstand erheben würde, was sich in den letzten zwei Jahren in der Frage Arbeitszeitgestaltung in der Produktion in der Verwaltungsstelle getan hat.

Die Diskussion würde auch bereichert, wenn die Positionen betroffener Beschäftigten eingeholt würden.

Man darf gespannt sein, zu welchen Ergebnissen die Diskussion führen wird!

cls

Diskussionspapier zur weiteren Arbeitszeitgestaltung

Präambel

Mit der Entschließung vom 22.2.2001 hat sich die Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt Grundpositionen zur Arbeitszeitpolitik erarbeitet.

Das Diskussionspapier zur weiteren Arbeitszeitgestaltung baut darauf auf und unternimmt darüber hinaus den Versuch, auf weiteren Themenfeldern im Bereich Arbeitszeit einerseits Eckpunkte für die betriebliche Praxis zu formulieren und andererseits Positionen für die weitere tarifpolitische Arbeitszeitdiskussion zu entwickeln.

1. Grundsätze

Wie schon in der Entschließung „Arbeitszeitpolitik in der Verwaltungsstelle Schweinfurt“ festgelegt, bekräftigt die

Delegiertenversammlung ihre Haltung zu Grenzen der Arbeitszeit.

Danach gilt, dass die festgelegte betriebsübliche Arbeitszeit maximal 8 Stunden täglich und 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten soll. Die Arbeitszeit wird verteilt auf die Werktage von Montag bis Freitag, die regelmäßige Arbeit am Samstag oder sogar am Sonntag wird abgelehnt.

2. Gleitzeit

2.1 Bei Vereinbarungen zu Gleitzeit ist darauf zu achten, dass die tägliche Sollarbeitszeit maximal 1/5 der individuellen regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit nicht überschreitet (7 Stunden bei 35-Stunden-Verträgen bzw. 8 Stunden bei 40-Stunden-Verträgen).

2.2 Der Gleitzeitrahmen soll so begrenzt sein, dass die Dauer der Arbeitszeit von 10 Stunden nicht überschritten werden kann. Die höchstzulässige Arbeitszeit von 10 Stunden darf auch nach Arbeitszeitgesetz § 3 nicht überschritten werden.

2.3 In den Gleitzeitvereinbarungen soll die Kernarbeitszeit, also die Arbeitszeit, in der eine Anwesenheit des Mitarbeiters obligatorisch ist und Abwesenheitszeiten mit dem Vorgesetzten abzusprechen sind, vereinbart werden.

2.4 In den Vereinbarungen zur Gleitzeit ist darauf zu achten, dass innerhalb des Gleitzeitrahmens grundsätzlich der Mitarbeiter über Beginn bzw. Ende der Arbeitszeit entscheidet.

2.5 Eine vom Arbeitgeber veranlasste Arbeitszeit, die über die vereinbarte Normalarbeitszeit hinaus geht, muss ebenso mit Zuschlägen als Überstunden bezahlt werden wie Arbeit am Samstag. Das Überstundenkonto soll getrennt vom Gleitzeitkonto geführt werden. In den Vereinbarungen soll geregelt werden, dass je nach Wunsch des Mitarbeiters die Überstundenzeit in Freizeit ausgeglichen werden kann, während die Zuschläge in Geld bezahlt werden.

2.6 Die maximal zulässige Zeit, die im Gleitzeitkonto aufläuft, darf höchstens +/- 35 Stunden betragen. Geringere Kontenstände sind sinnvoll. Es sind entweder Stichtage zu vereinbaren (Monatsende), an denen die Gleitzeitkontenstände höchstens die genannten Werte betragen oder absolute Grenzen für die Zeitkonten festzulegen, die nie überschritten werden dürfen.

2.7 Geleistete Arbeitszeit muss bezahlt oder abgefeiert werden. Ein Kappen von Zeitkonten wird abgelehnt, da bei einer solchen Praxis auch Steuern und Sozialabgaben hinterzogen würden (Schwarzarbeit).

2.8 Zur Möglichkeit des Abbaus von Zeitkonten sollen in den Vereinbarungen zur Gleitzeit Ansprüche der Mitarbeiter auf freie Tage bzw. freie halbe Tage festgelegt werden.

2.9 Bei Gleitzeitvereinbarungen ist die geleistete Zeit zu erfassen und zu dokumentieren sowie die Einsicht der Mitarbeiter in ihre Konten zu regeln.

3. Zeitkontenregelungen

Bei einer festgelegten betrieblichen Arbeitszeit, welche die individuelle regelmäßige wöchentliche tarifliche Arbeitszeit übersteigt, kann die Differenz in Zeitkonten erfasst werden. Die Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt gibt sich für die Gestaltung der Vereinbarungen zu Zeitkonten folgende Eckpunkte:

3.1 Zwingende Voraussetzung für eine Vereinbarung über Zeitkonten ist ein insolvenzsicherer Schutz der Zeitguthaben der Mitarbeiter. Die Delegiertenversammlung fordert alle Betriebsräte auf, ihre Vereinbarungen auf diesen Punkt hin zu überprüfen und mit dem Arbeitgeber kurzfristig Regelungen zum Insolvenzschutz zu vereinbaren. Weigert sich der Arbeitgeber, einen wirksamen Insolvenzschutz zu vereinbaren, sind diese Zeitkontenvereinbarungen zu kündigen.

3.2 Die Zeitkonten füllen sich durch die Differenz der mit dem Betriebsrat vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit und der individuellen regelmäßigen tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit auf. Dabei sind die bereits genannten Grenzen von 40 Stunden in der Woche und 8 Stunden täglich zu beachten.

3.3 Die Zeitkonten sind zu begrenzen. Es dürfen maximal +/- 150 Stunden in den Zeitkonten angesammelt werden.

3.4 Die Tarifverträge (MTV § 2 Ziff.1 (IV) in Verbindung mit dem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung, Punkt III) regeln, dass bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt von 12 Monaten erreicht werden muss und dass in den Betriebsvereinbarungen über die Arbeitszeitverteilung Beginn und Ende des Ausgleichszeitraums festzulegen ist.

Von dieser zwingenden tariflichen Regelung kann nur zu Gunsten der Beschäftigten abgewichen werden.

3.5 Die Zeitguthaben sind Eigentum der Mitarbeiter. In den Vereinbarungen zu Zeitkonten ist zu regeln, dass die Mitarbeiter über ihre Konten selbst entscheiden können (wie Urlaub). Es ist Vorsorge zu treffen, dass nicht bei Beschäftigungsmangel Mitarbeiter von Vorgesetzten nach Hause geschickt werden und somit das Beschäftigungsrisiko auf die Beschäftigten verlagert wird. Gemäß § 615 BGB hat der Arbeitgeber den Lohn und das Gehalt auch dann zu bezahlen, wenn er die vertraglich vereinbarte Arbeitsleistung von Arbeitnehmern vorübergehend nicht annehmen kann.

Ein Abbau der Zeitkonten kann auch erfolgen, wenn zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber eine entsprechende Vereinbarung zur Absenkung der Arbeitszeit getroffen wird.

3.6 Über die Kontenstände aller Zeitkonten ist der Betriebsrat monatlich zu informieren, um seinen Überwachungspflichten nach § 80 BetrVG gerecht zu werden.

3.7 Es sind Vereinbarungen notwendig,

die die Überschreitung der Grenzen der Kontenstände regeln.

Als Möglichkeit kommen Ampelregelungen in Betracht, welche bei bestimmten Kontenständen der Mitarbeiter Gespräche unter Einbeziehung des Betriebsrats auslösen, die zum Zeitabbau für die betroffenen Mitarbeiter führen.

Sind am Ende des Ausgleichszeitraums die Zeitkonten nicht entsprechend ausgeglichen, werden für die Mitarbeiter individuelle Überstundenzuschläge fällig. Soll in Betriebsvereinbarungen der vorgesehene Zeitausgleich von 12 Monaten von vorne herein nicht eingehalten werden, muss dafür als günstigere Regelung kollektiver Kündigungsschutz vereinbart werden, denn Abweichungen von geltenden Tarifverträgen sind nur zu Gunsten der Mitarbeiter möglich.

3.8 Beim Ausscheiden aus dem Betrieb sind vorhandene Zeitguthaben des Mitarbeiters zu vergüten. Zeitdefizite, die in der normalen Arbeitszeit nicht ausgeglichen werden können, gehen zu Lasten des Unternehmens.

3.9 Den Mitarbeitern muss Gelegenheit gegeben werden, ihre Zeitkontenstände einzusehen.

3.10 Bei Streitfragen ist eine Konfliktregelung zu vereinbaren, wie z. B. Einigungsstelle.

4. Vertrauensarbeitszeit

Die IG Metall Delegiertenversammlung Schweinfurt lehnt Regelungen ab, bei denen die Arbeitszeit nicht mehr erfasst wird, sondern nur noch eine Arbeitsaufgabe übertragen wird, die in einer bestimmten Zeit erledigt werden soll.

In solchen Arbeitszeitmodellen liegt die Gefahr, dass geleistete Arbeit nicht mehr vergütet wird und Arbeitnehmer sich geleistete Arbeitszeit auch nicht vergüten lassen.

Im Übrigen schreiben einschlägige rechtliche Bestimmungen die Erfassung der geleisteten Arbeitszeit vor. Auch der Betriebsrat ist nicht in der Lage, seine Überwachungspflicht nach § 80 BetrVG nachzukommen, wenn er die Dauer der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Mitarbeiter nicht überprüfen kann.

5. Projektarbeit

Für Projektarbeit (zeitlich befristete Arbeitsaufgabe) kann es sinnvoll sein, von unseren Grundsätzen abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Dabei kann innerhalb eines festgelegten Projektzeitraums, nach Diskussion mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, eine Arbeitszeit mit einem festgelegten Überstundenkontingent zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber vereinbart werden. Die über die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit ist dann als zusammenhängender Freizeitblock nach Ende des Projekts zu gewähren und zuschlagpflichtig, wie in den Tarifverträgen vereinbart.

Bei einem festgelegten Überstundenkon-

tingent können Mitarbeiter und Vorgesetzte gleichberechtigt über den Zeitpunkt der Überstunden entscheiden. Streitfälle sind unter Einbeziehung des Betriebsrats zu regeln (Mitbestimmung des Betriebsrats).

Auch bei solchen Regelungen sind Grenzen einzuhalten. Es sollen maximal zwei Samstage als Überstunden pro Monat möglich sein und die maximal zulässige Arbeitszeit festgelegt werden.

6. Weitere Tarifpolitik im Bereich Arbeitszeit

6.1 Lebensarbeitszeitkonten, Langzeitkonten

6.1.1 Die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Schweinfurt lehnt Lebensarbeitszeitkonten auf Basis gegenwärtiger Arbeitszeiten ab. Gegenwärtig ist insbesondere die Frage der Insolvenz-sicherung sowie die Übertragung von Konten von einem Arbeitgeber auf den anderen bei Arbeitsplatzwechsel rechtlich vollkommen ungeklärt.

Darüber hinaus hat sich die IG Metall ganz bewusst bei ihrer Kampagne zur Reduzierung der Arbeitszeit auf die Wochenarbeitszeit konzentriert und ihr den Vorrang vor Modellen der Verkürzung der Lebensarbeitszeit eingeräumt.

6.1.2 Im Zuge der weiteren Diskussion ist zu klären, ob insbesondere besonders belastete Beschäftigungsgruppen (3-Schicht, Nachschicht, Schmiede, etc.) eine weitere Arbeitszeitverkürzung in der Form zugute kommen soll, dass ab einem bestimmten Lebensjahr Zeitkonten gebildet werden können, die ein früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben ermöglichen. Eine solche Regelung setzt die Klärung der offenen rechtlichen Fragen (Insolvenzschutz) voraus.

6.2 Weitere Arbeitszeitverkürzung

6.2.1 Die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Schweinfurt bekräftigt die Beschlusslage der IG Metall, nach der der Versuch unternommen werden muss, die 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigtengruppen durchzusetzen. Die gegenwärtige Regelung, nach der 13% der Beschäftigten bis zu 40 Stunden in der Woche arbeiten können, ist dahingehend zu verändern, dass wir unserem Ziel näher kommen.

6.2.2 In diesem Zusammenhang hält die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Schweinfurt die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in den neuen Bundesländern für unverzichtbar. Auf Dauer sind unterschiedliche Arbeitszeiten in der Metall- und Elektroindustrie weder zu begründen noch zu verstehen.

6.2.3 Trotz der ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit weiterer genereller Arbeitszeitverkürzung scheint dies gegenwärtig kaum mobilisierungsfähig. Sinnvoll, begründbar und mobilisierungsfähig kann dagegen die Arbeitszeitverkürzung für besonders belastete Gruppen von Beschäftigten sein.

*Ortsvorstand der IG Metall
Schweinfurt*

BDI sieht Ölpreis bei Irakkrieg weiter steigen.

– HB, Mittwoch, 9.10.2002. Die größte Gefahr gehe vom Ölpreis aus, der seit Jahresbeginn bereits um 40% gestiegen ist. Bei einem Krieg im Irak dürfte der Preis weiter anziehen.

BDI stellt Forderungen an Clement. An erster Stelle des BDI-Forderungskatalogs stehen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine Ursache sei die Überregulierung des Arbeitsmarktes. Deshalb müsse Clement alles tun, den Flächentarifvertrag zu flexibilisieren und die Gestaltungsspielräume der Betriebe bei Lohn- und Arbeitszeitfragen auszudehnen (Erweiterung des Günstigkeitsprinzips, nach dem Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretungen das Recht bekommen, zu Gunsten der Jobsicherung Lohnverzicht auszuhandeln).

Regierung will Handwerksordnung lockern.

HB, Samstag/Sonntag, 11./12.10.2002. Auf die Absicht der Regierung, „im Handwerksbereich ... den Liberalisierungsprozess fortzuführen“, d.h., mehr Ausnahmen vom Meisterzwang für Betriebsgründungen gesetzlich festzulegen, reagiert der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) ablehnend: Ausnahmen bei Betriebsübernahmen gebe es bereits. So könne beim Tod des Geschäftsinhabers ein Geselle den Betrieb befristet weiterführen, wenn er zwischenzeitlich die Meisterprüfung ablegt. Die Grünen wollen, dass der Zwang zur nachträglichen Meisterprüfung ganz entfällt.

DIHK: Krise beim Mittelstand.

– HB, Donnerstag, 17.10.2002. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag wertet es als alarmierend, dass neuerdings nicht nur die Großunternehmen Stellen streichen, sondern auch der Mittelstand dies tue. Er verliere die Rolle des Stabilisators. Per Saldo finde bei kleineren und mittleren Unternehmen ein verstärkter Personalabbau statt. 40% der Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten beurteile die aktuelle Geschäftslage negativ. Die geplanten höheren Beiträge bei Renten- und Krankenversicherung würden das Beschäftigungsklima für 2003 massiv belasten.

VDA beklagt stärkere Besteuerung privater Nutzung von Dienstfahrzeugen.

B. Gottschalk, Präsident des Verbandes der deutschen Automobilindustrie (VDA) wertet: Mit einer Steuererhöhung um 50% wird gerade das Fahrzeugsegment erheblich benachteiligt, das sich bislang als besonders konjunkturrobust gezeigt hat.

Presseauswertung: rst

Die PDS nach dem Parteitag

Wir dokumentieren den Beschluss des PDS-Parteitages „Kein weiter so: Zukunft durch Erneuerung“. Der Beschlussfassung ging eine kontroverse Diskussion um zunächst drei, dann, nachdem der Berliner Antrag zugunsten des Antrags von Wolfgang Gehrcke u.a. zurückgezogen wurde, zwei alternative Anträge voran. In dieser Diskussion trat der Richtungsstreit deutlicher zu Tage als in den zugrundeliegenden Anträgen.

Mit der Verabschiedung des von Gabriele Zimmer u.a. eingebrachten Antrags reagierte der Parteitag auf die Krise der parlamentarischen Politik der PDS mit deutlicher Betonung der gesellschaftlichen Funktion der Partei, ihrer Rolle als „gesellschaftspolitische Oppositionskraft“. In der sozialen Struktur der BRD bezieht sie sich auf die sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten, ideologisch auf die Kritik. Diese Bezüge sind mit „Unten“ und „Links“ thematisiert.

Die auf dem Parteitag unterlegene Tendenz stellt diese Bezüge nicht so eindeutig her. Sie glaubt, dass die PDS in der Bevölkerung als potenziell oder wenigstens tendenziell bessere Regierung Akzeptanz finden kann. Diese Tendenz wird vor allem von Laufbahnbeamten der früheren DDR getragen, die ihre Haltung zu Staat und Bürger, die sie sich in der DDR angeeignet haben, eher unreflektiert auf

die bundesdeutsche Gesellschaft übertragen. Sie neigen dazu, die Gesellschaft eher einheitlich zu sehen und die Härte der sozialen und ideologischen Kämpfe in der BRD zu unterschätzen. Diese Tendenz, die in der PDS über lange Jahre unangefochten die Mehrheit innehatte, unterlag auf diesem Parteitag, weil sich gezeigt hatte, dass die PDS, an Regierungen in den Ländern beteiligt, aus diesem Zugewinn an Macht nichts machen konnte.

Die Mehrheit, die dann auch die Vorstandswahlen entschied, ist alles andere als homogen. Sie hat sich in der Entscheidung für die Strategie des Unten/Mitte-Bündnisses gefunden. Diese Entscheidung wirft Fragen nach einer konkreten Reformpolitik auf, gibt aber noch keine Antworten. Dass zu viele Fragen offen geblieben sind, macht ja die Krise der parlamentarischen Politik aus – nicht nur ihrer Regierungsbeteiligung, sondern auch ihrer Oppositionsrolle. Die auch in Gera oft geäußerte Vorstellung, die Probleme der PDS kämen aus der Beteiligung an Regierungen, wird durch die Wahlergebnisse nicht gestützt. Die Probleme treten durch die Beteiligung an Regierungen bloß besonders klar zu Tage.

Nach Gera ist der Vorstandsmehrheit, die sich um Gabriele Zimmer gebildet hat, teils vorgeworfen worden, teils ist die Erwartung an sie gerichtet worden, die PDS zu einer rein kritischen Kraft zu machen. Solche Vorwürfe und Erwartungshaltungen finden im verabschiedeten Beschluss keine Grundlage. Es geht ausdrücklich um die Gestaltung. Hier existiert eine Konfliktlinie in der Partei, die

in Gera in den Hintergrund getreten ist, die aber vordem beim Stocken der Programmdiskussion spürbar geworden war. Auf dem Parteitag ein halbes Jahr zuvor hatte der von Gabriele Zimmer favorisierte Programmvorschlag bekanntlich in der so genannten Parteilinken keineswegs Zustimmung gefunden.

Der Parteitag beschloss, dass bis Jahresende ein überarbeiteter Entwurf für ein neues Programm sowie bis zum Frühjahr Thesen für ein strategisches Konzept vorgelegt werden sollen. In der zu führenden Diskussion wird sich zeigen, ob die strategische Entscheidung des Parteitages für ein Unten/Mitte-Bündnis politisch fruchtbar wird. Gegenwärtig wird oft davon gesprochen, dass bei Regierungsbeteiligungen klar sein müsse, was die PDS auf keine Fall machen werde. Diese Position ist unzulänglich. Es käme gerade auch darauf an klarzustellen, was man durch eine Regierungsbeteiligung erreichen will. Ein akutes Beispiel ist die Neubestimmung der Position der Gemeinden in der Verfassung der BRD und ihrer Länder – Stichwort Gemeindefinanzreform. Hat hier die PDS etwas zu bieten? – Sollte sie aber.

Uferlos viel Zeit hat die PDS zur Bereinigung ihrer programmatischen, strategischen und praktischen Defizite nicht. Deshalb ist es gut, dass die programmatische und die politisch-strategische Diskussion konzentriert und nebeneinander geführt werden. Mit Spannung ist zu erwarten, was die Traditionalisten zu dieser Debatte beitragen werden. Hoffentlich mehr als wieder nur Aufgewärmtes.

Christiane Schneider

Beschluss der 1. Tagung des 8. Parteitages (12. und 13. Oktober, Gera)

Kein weiter so: Zukunft durch Erneuerung

1. PDS: Für einen neuen Aufbruch!

Wir haben uns zu aller erst mit dem Anteil der schweren Wahlniederlage auseinander zu setzen, der uns betrifft, mit hausgemachten Fehlern und einigen daraus ableitbaren Schlussfolgerungen.

Bei den Bundestagswahlen am 22. September hat nicht nur die PDS verloren. Die gesamte Linke in der Bundesrepublik wurde geschwächt. Zwar haben die Wählerinnen und Wähler gegen eine Neuaufgabe konservativ-neoliberaler Politik gestimmt und die rotgrüne Bundesregierung im Amt bestätigt. Aber diese Regierung setzt – bei allen nicht gering zu schätzenden Differenzen zu CSU/CDU und FDP – wichtige neoliberal geprägte Tendenzen fort. Sie laivert zwischen der Anpassung an vermeintliche Herausforderungen der Globalisierung und der sozialen Abmilderung ihrer Folgen.

Mit dem Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktliberalismus, europaweit, fehlen wesentliche Voraussetzungen für ein tra-

ditionelles Mitte-Links-Parteienbündnis. In dieser Konstellation gibt es breiten Raum für eine eigenständige sozialistische Partei. Den haben wir bisher nicht hinreichend genutzt. Auf die Tagesordnung muss ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten und jenen, die sich der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen.

2. Die PDS als gestaltende Opposition

Die Mehrzahl der Deutschen meint, dass es sich in der Bundesrepublik gut leben lässt. Dieses Empfinden überlagert das andere Erleben, wonach die Gesellschaft immer ungerechter wird. Die Schere öffnet sich weiter: zwischen West und Ost, zwischen Süd und Nord und überall zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen.

Die PDS geht auf diese verschiedenen Erfahrungen mit dem Selbstverständnis einer demokratischen sozialistischen Partei ein:

- Mit unserem gesellschaftsverändernden Anspruch sind wir die stärkste parteipolitische Opposition zum Marktliberalismus.
- Zugleich sind wir eine demokratisch gestaltende Reformkraft: in außerparlamentarischen Bündnissen wie in Parlamenten, als parlamentarische Opposition wie in Regierungskoalitionen.

Nach dem Wahlergebnis müssen wir uns aber selbstkritisch fragen:

Waren wir klar und deutlich als gesellschaftspolitische Oppositionskraft erkennbar? Oder erschienen wir als Partnerin oder gar als „Westentaschenreserve“ eines Projekts von SPD und Grünen? Wollen wir laut und deutlich gegen Ungerechtigkeit protestieren, um Wählerstimmen auch als Protest gegen die herrschende Politik werben? Oder betrachten wir das als unzeitgemäß? Bringt die PDS das gewachsene Selbstbewusstsein und die emanzipatorischen Bestrebungen der Ostdeutschen deutlich vernehmbar zum Ausdruck?

Die Frage nach der Umsetzung sozialistischer Politik lässt sich nicht in den Grenzen der Scheinalternative „Regieren oder Opponieren“ beantworten. Es geht nicht allein um die Frage, ob und wo, sondern wie und wie vernehmbar wir Interessen vertreten – nicht nur im Parlament, sondern auch in Regierungen und Verwaltungen, in Verbänden und Vereinen, in emanzipatorischen Bewegungen und in gesellschaftlichen Bündnissen. Eine sozialistische Partei, die sich auf ihre parlamentarischen Möglichkeiten beschränken würde, nähme sich selbst ihre visionären und auch ganz praktischen Umgestaltungsmöglichkeiten. Uns geht es um ein Politikverständnis, zu dem Parteien gehören, das aber über Parteipolitik hinausgeht. Zentrale Bedeutung haben emanzipatorische Bestrebungen und Bewegungen, die Parteien unter politischen Druck setzen, andererseits aber von Parteien Unterstützung erfahren können.

Wenn eine „andere Welt möglich ist“, wie Globalisierungskritiker formulieren, dann ist dies auch eine andere Art des Mitregierens als Teil des Widerstands gegen die „Höllenmaschine“ des Neoliberalismus (Pierre Bourdieu). Unser Mitgestalten in der Gesellschaft braucht mehr ausstrahlungsfähige und anfassbare Projekte, die bunt und rebellisch, zugänglich und widerständig sind, und erkennbar weniger grau und staatstragend als traditionelle Modelle konservativer Verwaltungspolitik. Es ist zu prüfen, ob und wie basisdemokratische Modelle der Bürgermitbeteiligung (Bsp. Porto Allegre) auf Deutschland übertragbar und neu umzusetzen sind. Von mitregierenden Sozialisten darf auch ein aktiver Beitrag zu außerparlamentarischen Oppositionsaktionen besonders dort erwartet werden, wo diese den Handlungsspielraum für sozialistische Politik erweitern helfen.

3. Regieren und Opponieren

Uns ist es nicht gelungen, als sozialistische Partei unsere Identität und unseren Nutzen für die Gesellschaft deutlich zu bestimmen und öffentlich erkennbar zu machen. Weil uns das nicht gelungen ist, haben wir viele Wählerinnen und Wähler in ihrem Lebensalltag mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen nicht erreicht und etliche enttäuscht. Weder haben wir die PDS in den letzten Jahren entsprechend entwickelt, noch haben wir im Bundestagswahlkampf 2002 entsprechend agiert. Die PDS ist strukturell, strategisch, programmatisch und darum schließlich personell nicht dort, wo wir sie sehen möchten und auch könnten.

Die Politik der Bundestagsfraktion in der abgelaufenen Wahlperiode hat viele politische Alternativen zur Politik der anderen Parteien aufgezeigt. Das gilt vor allem für die Erkennbarkeit der Antikriegspolitik der PDS. Insgesamt hat sie aber zu wenig nach außen vermittelte Akzente setzen können und sich zur sehr in den vielfältigen Problemen der parlamentarischen Alltagsarbeit aufgerieben.

Mit den praktischen Erfahrungen auf Länderebene sind die Einsichten in die Möglichkeiten, aber auch Grenzen des Mitregierens gewachsen. Es gibt durchaus Spielräume, um der nahtlosen Umsetzung der marktliberalen Hauhalts- und Finanzpolitik des Bundes entgegenzutreten, aber die Grundrichtung der herrschenden Politik setzt enge Grenzen. Dennoch haben wir selbst als kleinere Partnerin in Länderregierungen politische Zeichen setzen können. Doch das blieb hinter den Erwartungen vieler unserer Wählerinnen und Wähler zurück. Auch konnten wir das Misstrauen nicht entkräften, eine Regierungsbeteiligung entferne uns von unseren Zielen.

Als Voraussetzung zur Überwindung von Fehlern und Mängeln bedarf es einer gründlichen Analyse und der Entwicklung und Umsetzung eines neuen strategischen Konzepts sowohl für die Parlaments- und eine mögliche Regierungsarbeit als auch für die Tätigkeit der ganzen Partei. Dazu gehört, dass wir unsere Er-

entziehen.

Es stellt sich nicht die Frage, Koalitionen auf Landesebene zu beenden. Wir müssen aber gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Positionen auch in der jeweiligen Landespolitik deutlicher werden. So ist etwa für viele Menschen nicht nachvollziehbar, dass in Berlin Steuergelder in Milliardenhöhe an vermögende Zeichner von Immobilienfonds fließen, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf wohlerworbene Ansprüche verzichten sollen, während im Sozialbereich, bei kulturellen Einrichtungen und in der Infrastruktur gespart wird, „bis es quietscht“. Hier und insgesamt müssen wir in unserem Eintreten für soziale Gerechtigkeit wieder erkennbarer und von anderen unterscheidbarer werden.

4. Felder und Projekte

Ein erfolgreicher sozialistischer Neuaufbruch erfordert, dass wir

- unsere programmatischen Ziele und



fahrungen in Koalitionen auf verschiedenen Ebenen jeweils nachvollziehbar zu unseren Gestaltungsansprüchen ins Verhältnis setzen und unseren Anspruch an eine Veränderung der geistig-kulturellen und politischen Kräfteverhältnisse einlösen. Wir müssen zudem prüfen, ob Regierungsentscheidungen, die von der PDS mitgetragen wurden, nicht demobilisierend und demotivierend gewirkt haben, weil sie keine Alternative zum herrschenden Mainstream erkennen ließen.

Wir sehen keine Alternative zu parlamentarischer Arbeit und zur Beteiligung an Wahlen. Wenn sich aus einem Wahlergebnis ein Wählerauftrag zur Regierungsbeteiligung ergibt, müssen wir das ernst nehmen. Als Konsequenz daraus haben wir uns an der Bildung von zwei Landesregierungen beteiligt. Wir haben es aber versäumt, zuvor zu klären, wie wir die unausweichliche Einbindung in das herrschende Politikkonzept mit unserem Charakter als gesellschaftliche Opposition verbinden. Der schwierigen Suche nach Antworten darauf dürfen wir uns weder durch ein „Weiter so“ noch durch ein ängstliches Zurückziehen auf die reine parlamentarische Oppositionsrolle

Umsetzungsstrategien weiterentwickeln und konkretisieren,

- Organisationsformen und Arbeitsweisen der Partei reformieren, immer mehr Mitglieder für politische Aktivitäten in der Gesellschaft motivieren und qualifizieren, neue Mitglieder gewinnen und in die Arbeit einbeziehen,
- uns in der Gesellschaft – in Gewerkschaften und Sozialverbänden, bei Globalisierungskritikern, in Initiativen und Bewegungen – stärker betätigen und selbst mehr Angebote für demokratische Bewegungen unterbreiten,
- die unterschiedlichen Aufgaben bestimmen, die Partei, kommunale und parlamentarische Vertretungen und gegebenenfalls Regierungsmitglieder erfüllen müssen,
- in der Kommunalpolitik und insbesondere in Regierungsverantwortung Politik öffentlich erkennbar anders als andere machen,
- unsere verschiedenen Erfahrungen und Kulturen in Ost und West produktiv werden lassen,
- zukunftsorientierte strategische und programmatische Visionen entwi-

ckeln, die heute begonnen werden können, weil sie gerecht, attraktiv, demokratisch und finanzierbar und darum im Alltag erlebbar sind. zentrale und eigenständige erkennbare Projekte in die gesellschaftliche Diskussion bringen und praktisch beginnen.

Damit sind wir wieder bei den Erfahrungen und Alltagsorgen der Menschen. Wir wollen als Partei weiterhin Partnerin für jene sein, die in einer solidarischen Gesellschaft selbstbestimmt leben möchten. Wir setzen uns für jene ein, die zu den Schwächsten der Gesellschaft gemacht und am meisten ausgegrenzt werden.

5. Bundesweit für sozialistische Politik

Die PDS ist und bleibt die sozialistische Partei, die bundesweit wirken will. Sie versucht weder sozialdemokratische noch kommunistische Partei zu werden. Was wir unter Demokratischem Sozialismus verstehen, ist zuallererst Sache unserer Programmdebatte, die seit Anfang 2001 erhebliche Fortschritte verzeichnen konnte. Das wird in den Informationen der Programmkommission für den Parteitag deutlich. Besonders das Wechselverhältnis von freiheitlichen und sozialen Menschenrechten und der „Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem“ konnten weiter präzisiert werden.

6. Unsere nächsten Aufgaben

Der Erfolg einer Partei wird nicht allein, aber auch in Wahlergebnissen gemessen. Darum verbinden wir unsere Analyse der Schwächen und Fehler mit der Suche nach Antwort auf die Frage, wie wir die vor uns liegenden Landtagswahlen erfolgreich bestehen, 2004 den Wiedereinzug in das Europäische Parlament und 2006 in den Bundestag schaffen können.

1. Notwendig ist die offene, aber faire, durch eine Expertengruppe vorbereitete innerparteiliche Diskussion über die Ursachen des Wahlergebnisses, über unsere Stärken und Schwächen und über Schlussfolgerungen, wofür die PDS in der Gesellschaft gebraucht wird. Anfang 2003 werden wir weitere Konsequenzen formulieren und eine Parteireform reali-

sieren, die neues intellektuelles und organisatorisches Potenzial für die PDS erschließt, gewonnene Kontakte pflegt und die PDS strukturell entschieden breiter und tiefer in der Gesellschaft wirksam werden lässt. Zugleich soll die Parteireform helfen, das innerparteiliche Leben zu demokratisieren und für die Parteimitglieder attraktiver zu machen.

2. Bis zum Frühjahr 2003 müssen wir klären, wie sich die PDS in den nächsten Jahren strategisch profilieren soll. Der neue Parteivorstand wird dazu bis Ende 2002 ein Thesenpapier vorlegen und Basiskonferenzen für das Frühjahr 2003 vorbereiten. Ebenfalls bis Jahresende wird der überarbeitete Entwurf für das neue Parteiprogramm zur Diskussion gestellt.

3. Jetzt und in der nächsten Zeit sind wir gefordert, uns mit vier großen Themen auseinander zu setzen:

- mit dem drohenden Irak-Krieg,
- mit der Beschäftigungs- und gegenwärtig insbesondere der Arbeitsmarktpolitik (Hartz-Papier)
- mit der Gesundheitspolitik
- mit der Bildungspolitik.

Zugleich steht die Aufgabe, die Koalitionsverhandlungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und deren Regierungspolitik kritisch zu begleiten.

4. Die Arbeit an unseren gesellschaftspolitischen Reformalternativen und Schwerpunktprojekten ist zügig fortzusetzen, wobei die Verteidigung und Stärkung individueller und kollektiver sozialer und politischer Rechte und feministischer Positionen durchgängig zu berücksichtigen sind.

5. Der Parteivorstand und die Landesverbände tragen besondere Verantwortung dafür, dass das geistige Potenzial der Bundestagsfraktion nicht verloren geht. In enger Kooperation zwischen den Landesverbänden, den Interessen- und Arbeitsgemeinschaften sowie den parlamentarischen Vertretungen der PDS in Landtagen und Europaparlament sind notwendige Kompetenzen zu erwerben, zu erneuern und zu bündeln.

6. Arbeitsweise und Arbeitsstrukturen im Parteivorstand und seiner Ge-

schaftsstelle sind dringender denn je neu zu ordnen. Der Parteivorstand ist politisches Leitungsorgan. Er steht auch in der Verantwortung, seine gravierenden Führungsdefizite in strategischen Fragen, auf wichtigen Politikfeldern, in der Öffnung der Partei zu anderen demokratischen Kräften und bei der Mobilisierung der Mitglieder zu überwinden. Die Partei braucht, um aus ihrer Krise herauszufinden, Genossinnen und Genossen im Bundesvorstand, die fähig sind, dauerhafte Schlussfolgerungen aus der schweren Niederlage der PDS zu ziehen. Sie müssen also bereit und in der Lage sein, gemeinsam zu arbeiten, die Parteimitgliedschaft zu mobilisieren und das schwer beschädigte Ansehen der Partei gründlich zu korrigieren, Menschen zurückzugewinnen und neue Sympathisanten zu werben. Das erfordert, im politischen Alltag auch untereinander eine Arbeitsordnung zu verwirklichen, die Wirkungsverluste ausschaltet, zunächst innerhalb der Partei klärt, was zu klären ist und dann in die Öffentlichkeit zu gehen, und durch ihren Stil als Sozialisten für alle Genossen in den Vorständen, Fraktionen und Arbeitsgruppen beispielgebend zu sein. Der Parteirat ist aufgefordert, seiner im Statut festgelegten Verantwortung für die Kontrolle des Parteivorstandes, mehr als bisher gerecht zu werden. Wo erforderlich, ist kritische Begleitung der Führungsarbeit des Parteivorstands auch parteiöffentlich sichtbar zu machen.

7. Wir werden umgehend die Frage klären, wie die für den weiteren Aufbau der PDS in den alten Bundesländern notwendige Infrastruktur organisiert werden kann, damit dort von den Basisorganisationen bis zu den Landesverbänden gearbeitet werden kann. Dazu wird der neue Parteivorstand noch vor Ablauf des Jahres einen Vorschlag vorlegen.

8. Mit der Bundestagsfraktion hat die PDS einen wesentlichen Bereich medialer Repräsentanz verloren. Es ist eine Überlebensfrage für die Partei, ihre Öffentlichkeitsarbeit neu zu strukturieren und zu qualifizieren. Die Bündelung und



Der neugewählte Parteivorstand im Bild: Gabi Zimmer, Vorsitzende der PDS • Heidi Marie Lüth, Stellvertretende Vorsitzende der PDS • Peter Porsch, Stellvertretender Vorsitzender der PDS • Diether Dehm, Stellvertretender Vorsitzender der

PDS • Uwe Hicks, Bundesgeschäftsführer der PDS • Uwe Hobler, Bundesschatzmeister der PDS

Weitere Mitglieder des Parteivorstandes: Evelyn Kenzler • Mignon Schwenke •

Sahra Wagenknecht • Dorothee Menzner • Rim Farha • Judith Dellheim • Heidi Ehlert • Barbara Borchardt • Wolfgang Gehrcke • Carsten Hübner • Ilja Seifert • Harald Werner • Rouzbeh Taheri • Stefan Ludwig

Vernetzung von Ressourcen und Kompetenzen sind das A und O dafür, damit die PDS bundespolitisch hör-, sicht- und erlebbar bleibt bzw. wird. Der neue Parteivorstand hat dazu noch im Jahr 2002 ein neues Kommunikationskonzept vorzulegen.

9. Politische Bildungsarbeit, Personalentwicklung und Mitgliederwerbung sind entscheidend für den Erfolg der weiteren Erneuerung unserer Partei. Dies zeigt sich bereits deutlich in Hinblick auf die Kommunal-, Landtags- und Europa-Wahlen 2004. Deshalb müssen durch den Parteivorstand noch vor Jahresende sofort, kurz- und mittelfristig zu realisierende Vorschläge beraten und beschlossen werden.

10. Notwendig sind eine politische Kultur, eine Arbeitsweise und ein Politikstil, die von der Beteiligung Betroffener, von Offenheit und einer Atmosphäre des Vertrauens, von gegenseitiger Achtung und Solidarität sowie von Kritik- und Lernfähigkeit geprägt sind. Dafür ist auch wichtig, das im Umfeld der PDS vorhandene wissenschaftliche Potenzial zu erschließen. Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten von Personen und Gremien müssen im Rahmen kollektiven Handelns klar definiert werden.

11. Die immer wieder geforderte Parteireform muss auch mit einer Debatte über notwendige Veränderungen

des Statuts verbunden werden. Die Statutenkommission ist aufgefordert, nicht nur vorliegende Veränderungsanträge zu bearbeiten, sondern eigene Anstöße für die weitere Entwicklung der Partei zu geben, damit diese im Statut verankert werden.

12. Die PDS muss als Partei und durch ihre Mitglieder im Bereich gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kampagnefähiger werden. Wir wollen Anlaufpunkt und Kontaktpartner bei der Planung und Vorbereitung von außerparlamentarischen Aktionen sein.

13. Gemeinsam mit [solid] und dem Jugendrat, allen jungen Mitgliedern und mit der PDS sympathisierenden Jugendlichen werten wir die bisherige Jugendarbeit der Partei und die ErstwählerInnenkampagne kritisch aus. Das Ziel ist eine bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten und mehr Teilhabe junger Menschen an Entscheidungen der Partei. Erforderlich sind Projekte, die eng an Alltagserfahrungen gebunden sind.

14. Die Geschichtsdebatte muss weiterhin Teil der Erneuerung und Profilierung der PDS sein. Über aktuelle Anlässe hinaus sollten die Parteigremien zusammen mit den Mitgliedern verstärkt Fragen des eigenen Selbstverständnisses, vor allem die nach den Wurzeln und der Entwicklung des demokratischen Sozialismus, diskutieren.

Ölförderlizenzen gingen an Angola, Diamanten- und Kobaltminen an Simbabwe, Abbaurechte für Diamanten an Namibia. Die Rebellenarmeen, die rund die Hälfte des Staatsgebietes kontrollieren, verkaufen Holz, Kaffee, Diamanten und Gold. So verzehnfachte das mit den Aufständischen verbündete Uganda im Laufe des Krieges seine Goldexporte.

Die von Ruanda unterstützte Rebellengruppe RCD (Kongolesische Sammlung für Demokratie), die den Osten des Kongos beherrscht, finanziert sich hauptsächlich durch Coltan. Die RCD kontrolliert den Export, erhebt pro Tonne bis zu 10.000 Dollar Steuern und finanziert damit Waffenkäufe und Sold. „Wir befinden uns schließlich im Krieg“, erklärte ihr Kommandant Adolphe Onusumba Anfang 2001, „wir müssen unsere Soldaten ausrüsten und bezahlen. Der Coltan-Verkauf bringt in einem guten Monat eine Million Dollar.“ (1) Der Export läuft über die ruandische Hauptstadt Kigali, russische Antonov-Flugzeuge liefern den Rohstoff nach Europa und bringen auf dem Rückflug Waffen mit.

Neben dem Anheizen des Bürgerkriegs bewirkt der unregelmäßige Abbau von Coltan auch die Zerstörung des Lebensraumes einer der letzten großen Menschenaffen-Populationen. Teile des Nationalparks Kahuzi-Biega, in dem einige Tausend Elefanten und Flachlandgorillas lebten, sind von den Minenarbeitern zerstört worden. Hauptnahrungsquelle im Dschungel ist das sogenannte „Bushmeat“ – Affen, Elefanten, Vögel und Krokodile.

Zwei bis drei Millionen Opfer

Der Belgier Erik Kennes, der die Auswirkungen von Bürgerkrieg und Rohstoffabbau für die Zivilbevölkerung untersucht, fasst die Situation wie folgt zusammen: „Die Bevölkerung arbeitet bis zur Entkräftung, um die Armeen zu ernähren, die sie ausbeuten.“ Das in Goma ansässige Pole-Institut schreibt in einer Studie über die sozialen Auswirkungen des Coltanbooms, dass Bauern ihre Felder brachliegen lassen oder in ihnen nach Coltan graben, statt Lebensmittel anzupflanzen. „Folgen wie Jugendkriminalität, Rückgang der Einschulungsquote, Zunahme von Gewalt und Prostitution oder der Umstand, dass Männer mit Taschen voller leicht verdienten Geldes ihre Familien verlassen, belasten das bereits durch den Krieg betroffene soziale Gefüge.“

Nach Angaben der UNO hat der Bürgerkrieg im Kongo seit 1998 zwei bis drei Millionen Opfer gefordert, zum größten Teil durch Vertreibungen, Hunger und Krankheiten. Der Krieg im Kongo ist somit weltweit der verlustträchtigste Konflikt der vergangenen Jahre.

UN fordern Embargo

Die Hintergründe des Krieges beleuchtet ein Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen, der vor allem die Lage im Os-

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. informiert

Die Bayer-Tochter und der Krieg im Kongo

H.C. Starck finanziert Rebellengruppen

Die Hügel um die Stadt Mumba im Osten des Kongo sind mit Stollen und kleinen Bergwerken übersät. Beim Untergang der Sonne klettern Minenarbeiter aus den schlecht befestigten Gräben, einige umklammern Plastiktüten mit schwarzem Sand. Die Arbeit ist hart und gefährlich – Hunderte von Arbeitern wurden in den vergangenen Jahren in einstürzenden Stollen begraben. Zweimal wöchentlich kommen schwer bewaffnete Soldaten in die Region 50 km nordwestlich von Goma und kaufen den bröckeligen Sand für zehn bis zwanzig Dollar pro Kilo an – ein Vermögen in diesem Teil der Welt.

Coltan – die Abkürzung von Colomboatantalit – enthält das seltene Metall Tantal. Das extrem hitze- und säureresistente und einfach zu verarbeitende Edelmetall wird für die Produktion von Handys, Flugzeugmotoren, Airbags, Nachtsichtgeräten und hochmodernen Kondensatoren verwendet. Das Pentagon stuft Tantal als strategischen Rohstoff ein. Die wichtigsten Reserven liegen in Austra-

lien, Brasilien und Zentralafrika – in keinem Land der Welt aber spielt Tantal eine so große ökonomische Rolle wie in der Demokratischen Republik Kongo.

Als Coltan vor zwei Jahren im Verlauf des Handy-Booms knapp wurde, schoss der Preis in die Höhe. An der Londoner Metallbörse stieg der Tantalpreis zwischen Februar 2000 und Januar 2001 von 75 auf knapp 400 Dollar pro Kilo. Die steigenden Preise führten zu einem Konzentrationsprozess, bei dem nur die zahlungskräftigsten Firmen noch zum Zuge kamen. Die Aussichten auf fette Profite riefen zahlreiche Kleinhändler auf den Plan, die sich nach unkonventionellen neuen Bezugsquellen wie dem Kongo umsahen. Viele kongolesische Goldgräber wechselten das Fach und schürften nun nach dem unscheinbaren Mineral.

Rohstoffe finanzieren Waffenkäufe

Der kongolesische Reichtum an Gold, Diamanten, Mineralien und Kupfer weckt seit jeher Begehrlichkeiten. Auf Seiten der kongolesischen Regierung ist die Übertragung von Schürfrechten an militärische Verbündete gut dokumentiert:

ten des Kongo beleuchtet. Demnach dreht sich „der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo hauptsächlich um Zugang zu, Kontrolle von und Handel mit fünf mineralischen Ressourcen: Coltan, Diamanten, Kupfer, Kobalt und Gold.“ Weiter heißt es: „Die Folgen der illegalen Ausbeutung führen zu massiver Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen für Ruandas Armee.“

Ruanda ist seit Beginn des Krieges die wichtigste militärische Kraft im Kongo, wobei lange Zeit unklar blieb, wie das winzige und vom eigenen Bürgerkrieg gezeichnete Land die enormen Kosten eines Kampfes an einer 1000 Kilometer langen Frontlinie finanzieren konnte. Der offizielle Militärhaushalt von Ruanda reicht kaum für den Sold der eigenen Armee. Ruandas Armee hat am Handel mit Coltan „über einen Zeitraum von 18 Monaten mindestens 250 Millionen Dollar verdient“, schätzt der UN-Bericht. „Dies reicht, um den Krieg zu finanzieren. Hierin liegt der Teufelskreis des Krieges. Coltan hat der ruandischen Armee die Fortdauer ihrer Präsenz in der Demokratischen Republik Kongo ermöglicht.“

Die UNO scheut sich nicht, auch die Verantwortlichen in den Ländern des Nordens zu nennen: „Die Verbindung zwischen der Fortsetzung des Konflikts und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht einige, die nicht zu den Konflikt-Parteien zählen, eine Schlüsselrolle gespielt hätten, willentlich oder nicht.“ Genannt werden die Firmen H. C. Starck, Cabot und Ningxia. Der Bericht empfiehlt ein temporäres Embargo für Mineralienexporte. Der UN Sicherheitsrat folgte diesem Votum auf Druck der USA allerdings nicht und beschloss lediglich, weitere Untersuchungen durchzuführen.

Bayer-Tochter verheddert sich in Widersprüche

Die in der UNO-Untersuchung genannte Firma H.C. Starck ist eine hundertprozentige Tochter des Leverkusener Bayer-Konzerns. Nach Recherchen der Washington Post wurde bis ins vergangene Jahr etwa die Hälfte des kongolesischen Tantalits von Starck weiter verarbeitet. Auch RCD-Sprecher Kin-Kiey Mulumba bestätigt: „Es gibt viele Deutsche, die Coltan kaufen“.

Die Firma gehört weltweit zu den wichtigsten Käufern seltener Metalle und ist Weltmarktführer bei der Tantal-Verarbeitung. Zu den wichtigsten Kunden von Starck gehört die Siemens-Tochter Epcos, die auf die Produktion von Chips spezialisiert ist.

Hauptsächlich durch den Tantal-Boom stieg der Umsatz der Firma im Jahr 2000 allein um über 50%. Im Bayer-Geschäftsbericht heißt es denn auch euphorisch: „Tantal heißt das Metall, ohne das heutzutage kein elektronisches Gerät mehr auskommt. Als feines Pulver dient es zur Herstellung leistungsstarker

Elektrolyt-Kondensatoren, die in Handys, Personal-Computern oder CD-Spielern eingesetzt werden. Die Bayer-Tochtergesellschaft H. C. Starck produziert einen großen Teil des Weltbedarfs an diesem Spezialpulver – und ist damit sehr erfolgreich.“

H.C. Starck weist auf Anfrage jegliche Verantwortung von sich, verheddert sich dabei aber in Widersprüche. Ein Brief der Coordination gegen BAYER-Gefahren vom Dezember 2000 (sechs Monate vor Veröffentlichung des UN Berichts), in dem sich der Verein nach den Partnern im Kongo und der Höhe der Aufwendungen erkundigte und in dem die Gefahr einer Finanzierung des Bürgerkriegs ausgesprochen wurde, wurde lapidar beantwortet – aus Wettbewerbsgründen könnten die gewünschten Auskünfte nicht erteilt werden. Wenige Monate später erklärte Firmensprecher Manfred Bütefisch, „in der Praxis ist nur schwer nachvollziehbar, ob Rohstoffe aus der Krisenregion oder anderen Teilen Afrikas stammen“. Auch dass Händler, die in Deutschland Tantal anbieten, sich aus dem Kongo versorgen, könne man „nicht ausschließen“. Einen Monat später erfolgt die Rolle rückwärts: „H.C. Starck bezieht keine Rohstoffe aus der Krisenregion“. Einen Nachweis blieb die Firma aber schuldig, da sie ihre Zulieferer nicht nennen will.

Nachdem Recherchen verschiedener Medien eine Verbindung zwischen der Bayer-Tochter und den Händlern im Osten des Kongo nachwiesen, ruderte das Unternehmen erneut zurück: Im Oktober 2001 gab Unternehmenssprecher Bütefisch (2) in einem Interview zu, „wir beziehen unser Material direkt aus der Stadt Goma von einem uns bekannten Händler. Nach allen Informationen, die uns vorliegen, ist es absolut sauber.“ Bütefisch gab sich weiterhin „fest davon überzeugt, dass von dem Geld für Coltan-Lieferungen weder Rebellen unterstützt noch Entwicklungen begünstigt würden, die eine Verletzung des angrenzenden Nationalparks zur Folge hätten“. Es bleibt Bütefischs Geheimnis, wie das Unternehmen Rohstoffe aus dem Ost-Kongo beziehen will, ohne die Rebellen zu unterstützen – da die RCD Steuern auf Coltan-Ausfuhren erhebt, liefe die Argumentation des Unternehmens auf Schmuggel hinaus.

Gegenüber der Financial Times war sich H. C. Starck auch nicht zu schade, dreist zu lügen: „Wir sind erst durch den Bericht der Vereinten Nationen Mitte April [2001, der Verf.] auf die besondere Situation in dieser Region aufmerksam geworden“ – also sechs Monate nach der abschlägig beschiedenen Anfrage der Coordination gegen BAYER-Gefahren. Zudem lasse sich das Unternehmen die Seriosität ihrer Geschäftspartner durch das Auswärtige Amt bestätigen. Das AA hingegen weist auf Nachfrage darauf hin, dass es grundsätzlich keine amtlichen Stellungnahmen pauschaler Art über die

Seriosität einzelner ausländischer Firmen abgebe. (3)

Recherche nach „Wallraff-Methode“

Auch gegenüber dem Journalisten Klaus Werner, Autor des „Schwarzbuch Markenfirmen“, verweigerte das Unternehmen mit Verweis auf „interne Daten“ jegliche Auskunft. Ob die Firma das wertvolle Pulver auch aus dem Kongo bezieht, gab Sprecher Bütefisch auch nach beharrlichem Insistieren nicht preis: „Ich werde weder das eine noch das andere sagen.“ Um der Wahrheit auf die Spur zu kommen, sah sich Klaus Werner deshalb gezwungen, die Wallraff-Methode anzuwenden. Er schlüpfte in die Haut eines Tantalit-Händlers aus dem Kongo, legte sich die Internet-Identität „Robert Mbaye Leman, Wohnort: Arusha, Tansania, Beruf: Rohstoffhändler“ zu und mailte H. C. Starck ein Angebot. Die Antwort kam postwendend: „Wir sind generell interessiert am Kauf allen Tantalit-Rohmaterials. Lassen sie uns bitte eine Analyse, eine Probe und ihre Preis-Vorstellung zukommen. Nachdem wir diese Informationen bekommen haben, werden sie schnell unsere Antwort erhalten.“ Um der möglichen Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit zu entgehen, trat H. C. Starck/Thailand als Kauf-Interessent auf – wozu ist man schließlich ein Welt-Konzern!

Die schmutzige Quelle „Kongo“ schmälerte das Interesse an dem Tantalit ebenso wenig wie das Bekenntnis Lemans/Werners, er beziehe die Ware über die SOMIGL. Diese Firma wurde von der RCD gegründet und handelt nicht nur mit Bodenschätzen, sondern auch mit Waffen und nimmt es dabei mit den Zoll-Bestimmungen nicht immer genau. „Geschäft ist Geschäft“ – darauf können sich eben alle Beteiligten an der Kriegswirtschaft jederzeit einig.

Das Geschäft geht weiter

Nach der Veröffentlichung eines weiteren UN Berichts im Sommer diesen Jahres kam von Starck eine letzte Kehrtwendung: „Seit August 2001 kauft H.C. Starck kein Material aus Zentralafrika mehr.“ Erneut behauptet das Unternehmen, in der Vergangenheit keine Abgaben an Rebellengruppen geleistet zu haben. Da die Firma jedoch weiterhin ihre kongolesischen Partner nicht offenlegt, bleibt die Aussage nicht überprüfbar und Zweifel daher angebracht – ganz abgesehen von dem Widerspruch, dass das Unternehmen im Oktober 2001 eingeräumt hatte, Tantal aus Ost-Kongo zu beziehen, nun den Kontakt aber bereits im August 2001 beendet haben will.

Wer die Coltan-Minen in Zukunft kontrolliert, ist zur Zeit unklar. Durch den Abzug der ruandischen Regierungstruppen im Herbst 2002 wurde die RCD stark geschwächt, so dass andere Gruppen den Handel mit Rohstoffen übernehmen könnten. Eine andere Entwicklung indes ist absehbar: der Handel mit dem Ele-

ment Niob wird an Bedeutung gewinnen. In einer Verlautbarung der Siemens-Tochter Epcos heißt es: „Mit Niob-Kondensatoren werden Werte erreichbar sein, die höchstkapazitative Tantal-Kondensatoren um den Faktor 2 bis 3 übertreffen“. Den Kongo braucht das nicht zu stören. Denn Niobium, auch Colombium genannt, ist der andere Bestandteil von Coltan.

(1) Aufgrund der Krise der Hightech-Industrie hat sich mittlerweile der Weltmarktpreis für Coltan mehr als halbiert, so dass die Einnahmen entsprechend zurückgegangen sein dürften.

(2) Manfred Bütefisch, Pressesprecher von H.C. Starck GmbH, lebt in Hannover. Ebenfalls aus Hannover stammt Heinrich Bütefisch (1894-1969), Unterhändler der IG Farben bei Hitler vor dessen Regierungsantritt, ab 1934 stellvertretender Vorstand der I.G. Farben, Mitglied im „Förderkreis Reichsführer SS“, seit 1938 Vollmitglied des Vorstands der I.G., Wehrwirtschaftsführer, SS-Hauptsturmführer, 1941 Sturmabteilungsführer (Major), Träger des Ritterkreuz seit 1945. Bütefischs Name ist verbunden mit dem IG-Farben-eigenen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. 1941 hatte er die Verhandlungen mit der SS über den Einsatz der Zwangsarbeiter geführt. 1943 machte ihn Himmler zum Obersturmbannführer in der „Garde, die der Führer liebt“. Im Nürnberger IG-Farben-Prozess wurde er 1948 wegen seiner Beteiligung an der Versklavung von Zwangsarbeitern zu sechs Jahren Haft verurteilt. Ab 1952 saß er wieder im Aufsichtsrat der Ruhrchemie. Heinrich Lübke dekorierte Bütefisch 1964 mit dem Großen Verdienstkreuz – internationaler Protest zwang das Bundespräsidialamt jedoch, den Orden zurückzufordern. Der genaue Verwandtschaftsgrad zwischen Manfred und Heinrich Bütefisch ließ sich nicht ermitteln.

(3) Das Auswärtige Amt reagierte auf die Untersuchungen der UNO und die Recherchen unabhängiger Gruppen äußerst zögerlich. In einem Gespräch mit dem „Forum Menschenrechte“ im Herbst 2001 räumte Außenminister Fischer ein, dass ihm der Vorgang nicht bekannt sei – mehr als ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung der UNO und ausführlichen Presseberichten zum Thema.

Philipp Mimkes

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.,
CBGnetwork@aol.com, www.CBGnetwork.de,
Tel: 0211-333 911, Fax: 0211-333 940

Der Verein erhält keinerlei öffentliche Unterstützung und ist dringend auf Spenden angewiesen. Spenden bitte an: Konto 17 96 12 bei Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00

Buchbesprechung

Geheime Politik und schmutzige Geschäfte

von Klaus Eichner

„Gegen Freund und Feind“ ist ein sehr aussagekräftiger Titel für ein Buch, in dem erneut und mit vielen neuen Fakten ergänzt, ein Bild über die Ursprünge und die mehr, aber wohl vor allem weniger erfolgreiche Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) der BRD gezeichnet wird.

Das Buch erhebt sogar den Anspruch, eine möglichst vollständige Gesamtdar-

stellung der Geschichte des deutschen Auslandsgeheimdienstes vorzulegen.

Dieser Anspruch kommt nicht ohne Rückgriff auf früher publizierte Standardwerke aus. wird aber vor allem durch die Erschließung völlig neuer Aktenbestände, so z.B. zur Frühgeschichte der fernmelde-elektronischen Aufklärung des BND oder durch die Auswertung eines Archivs des früheren Vizepräsidenten des BND, Dieter Blötz, mit brisanten Aussagen bereichert.

Die Autoren hatten sich die Aufgabe gestellt, die Geschichte des BND in den Kontext der politischen Gesichte der Bundesrepublik und des Kalten Krieges zu setzen. Über weite Strecken ist ihnen das auch gelungen.

Aber insbesondere zur Frühgeschichte der Organisation Gehlen gibt es zu wenig kritisches Hinterfragen der Quellen, insbesondere dann, wenn sie sehr stark auf den Erinnerungen von Gehlen aufbauen. Wer an vielen Stellen aus Gehlens Autobiographie „Der Dienst“ Episoden und Wertungen übernimmt, der baut keine Legenden ab, wie die Autoren behaupten, sondern stützt auch Jahre später die geheimdienstliche Legendenbildung, die insbesondere bei einem solchen „Künstler“ der Geheimdienst-Legenden und der positiven Selbstdarstellung, wie ihn Reinhardt Gehlen darstellte, immer zu erwarten ist.

Von großer Bedeutung für die Auseinandersetzungen mit den Wurzeln der „demokratischen“ Geheimdienste der Bundesrepublik sind die Darlegungen der Autoren über die Gründergeneration dieser Dienste, die sich mehrheitlich aus „erfahrenen Kämpfern“ des SD, der SS und Gestapo rekrutierte. Häufig kam die nachfolgende Generation der BND-Mitarbeiter aus den gleichen Familien, waren diese in ihren Wertvorstellungen ähnlich geprägt.

Eine Bereicherung der historischen Forschungen zur Geschichte der Nachrichtendienste in Deutschland ist die detaillierte Darstellung der Aktivitäten sowie des Endes des zeitweiligen Konkurrenzunternehmens zu Gehlens Nachrichtendienst, des Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienstes, der im Auftrag Adenauers als von den Alliierten unabhängiger Nachrichtendienst im Amt Blank, dem Geburtshelfer der Bundeswehr, aufgebaut werden sollte.

Für die Analyse nachrichtendienstlicher Interessen in heute noch brisanten Regionen, wie dem Balkan und dem Nahen/Mittleren Osten findet der Leser vielfältige Angaben über die Anfänge der Aktivitäten der Organisation Gehlen und des späteren BND in diesen und anderen Regionen. Das betrifft auch die Aussagen zu den weitverzweigten Strukturen und Personalbeziehungen beim illegalen Waffenhandel des BND, insbesondere in Krisengebiete und oft gleichzeitig an sich bekämpfende Bürgerkriegsparteien.

Wenn man sich durch den umfangreichen historischen Teil des Buches durch-

gearbeitet hat, dann wird es noch einmal richtig spannend.

Insbesondere durch die Auswertung der Hinterlassenschaft des BND-Vizepräsidenten Blötz können die Autoren tiefe Einblicke in das Zusammenwirken zwischen Bundesregierung und Geheimdienst, in frühzeitige Parteispendenaffären z.B. aus illegalen Waffengeschäften, in andere illegale Finanzierungsquellen des Geheimdienstes außerhalb jeder offiziellen Haushaltskontrolle und vieles andere vermitteln.

Im Detail werden auch strategisch bedeutsame Operationsgebiete des BND, so die Beziehungen zu Portugal und Spanien, zum israelischen Geheimdienst MOSSAD, zu Terrorregimes in Arabien, Afrika und Lateinamerika dargestellt.

Nachdem schon in einem Abschnitt die Anfänge der technischen Aufklärung in der Organisation Gehlen beschrieben worden waren, widmen die Autoren ein weiteres Kapitel der Entwicklung der fernmelde-elektronischen Aufklärung des BND in der Zeit nach Gehlen, einschließlich der Maßnahmen zur Dechiffrierung fremder Codes und zum Aufbau einer eigenständigen Satellitenaufklärung. Darin eingeschlossen sind auch Darlegungen zu den illegalen Praktiken der Post- und Fernmeldekontrolle des BND.

Wer aus aktuellem Anlass noch einmal über die Zusammenhänge von Geheimdiensten, illegalem Waffenhandel und Rüstungsexporten und internationalem Terrorismus nachlesen will, der sollte das abschließende Kapitel über die BND-Aktivitäten in und mit dem Irak und Libyen aufmerksam studieren. Nicht nur die CIA, auch der BND hat eine jahrzehntelange Tradition der Einflussnahme, der Ausbildung und Ausrüstung von Geheimdienst- und Polizeiorganen in Staaten, die heute von der Bush-Administration zur „Achse des Bösen“ gerechnet werden.

Wenn ein Geheimdienst, der die Aufklärung zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen an die Spitze seiner Prioritätenliste setzt, selbst immer wieder in solche Aktivitäten direkt oder indirekt involviert ist, dann bestätigt er wohl die Berechtigung des Wortes vom Bock, der zum Gärtner gemacht wird.

Insgesamt vermittelt das Buch mit vielen Details und neuem Quellenmaterial einen tiefen Einblick in das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Auslandsnachrichtendienst sowohl in den Zeiten des Kalten Krieges als auch beim zähen Kampf um den Nachweis der weiteren Existenzberechtigung des Geheimdienstes nach dem Ende der Blockkonfrontation.

Peter F. Müller & Michael Mueller. Mit Erich Schmidt-Eenboom. **Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte.** Rowohlt Verlag GmbH, Reinbeck bei Hamburg, 2002, ISBN 3 498 04481 8; geb., 719 S., 24,90 Euro



26. Oktober: Internationaler Aktionstag gegen den drohenden Krieg gegen Irak. (Bild: Arbeiterfotografie, 14.9., Köln)

30./31. Oktober, Berlin: *Globalisierung oder Gerechtigkeit?* Berlin, Hotel Schweizer Hof. Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung der IG Metall über die politischen Herausforderungen der Gegenwart, u.a. mit Susan George, Michael Blank, Noreena Hertz, Friedhelm Hengsbach, Barbara Schulte, Klaus Zwickel, Barbara Stolterfoht, Marin Kannegiesser, Ulrike Holler, Kari Tapiola, Volker Obenauer, Dirk Mahler, Erich Klemm, Ursula Weidenfeld, Ursula Engelen-Kefer, Gregor Gysi, Karl Kardinal Lehmann, Edzard Reuter, Thomas Leif, Klaus Lang. Näheres über: www.otto-brenner-stiftung.de. eMail: obs@igmetall.de www.otto-brenner-stiftung.de

7.-10. November, Florenz: Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Eine andere Welt ist möglich. Ein anderes Europa auch! Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus. Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“. Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pens faschistischer Front National Millionen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer diesen Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an. Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne. Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang diesen Jah-

res schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulierung ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits – nämlich ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit – bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung. – Dieser Aufruf wird von einer Reihe Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Link zum Deutschen Sozial Forum (dsf): www.dsf-gsf.org

10.-11. November, Hannover: *CDU-Bundesparteitag*, Wahl des neuen Bundesvorstandes

13. November, Wolfsburg: *EU-Erweiterung: Herausforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.* Veranstaltung des DGB, Bezirk Niedersachsen/ Bremen-Sachsen-Anhalt, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Pressesprecherin Tina Kolbeck, Telefon 0511-12601-32, Telefax 0511-12601-80

16. November, Köln: 13. bundesweites Treffen des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di“. Auf der Tagesordnung wird stehen: 1. Nach der Wahl, rot-grün setzt Kürzungspolitik fort – gemeinsam mit den Gewerkschaftsspitzen, was sind unsere Aufgaben? 2. Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, eine harte Auseinandersetzung steht an, wie greifen wir ein? 3. Hartz-Pläne, Gesundheitsreform, Krieg: welche Kampagnen stehen an, wie können wir Widerstand aufbauen? Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr.9a (Hinterhaus) Beginn: 10.30 Uhr, Ende: 17 Uhr.

21./22. Nov – Prag, Nato-Gipfel

23. November, Düsseldorf: *Corporate War. Krieg, Konzerne und demokratische Bewegungen am Beispiel des Bayer-Konzerns.*

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren lädt ein zur Tagung „Corporate War – Krieg, Konzerne und soziale Bewegungen“. In der ganztägigen Veranstaltung werden folgende Bereiche diskutiert: • Analyse des „Kriegs gegen den Terror“, seiner Ziele, Folgen und Perspektiven: Wie hat er die politische Szene geprägt und verändert? • Auswirkungen auf die demokratischen Bewegungen: Wie viel Spielraum bleibt? Wie sehr leiden Aktionsgruppen und Globalisierungskritiker unter der neuen Entwicklung? • Historischer Abriss über den Zusammenhang von Krieg und ökonomischen Interessen, speziell die Rolle transnationaler Konzerne. • Wie hat sich die gesetzliche und juristische Situation nach dem 11. September in Deutschland geändert?

Anmeldung und Information:

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, e-mail: CBGnetwork@aol.com – www.CBGnetwork.org, Tel: 0211-26 11 210 Fax: 0211-26 11 220

Anzeigen



Dossier
Nr. 1 Oktober 2002

**Tschechen und Deutsche
gemeinsam gegen den Faschismus
1933 bis 1938**

Materialien vom Seminar der VVN - BdA, Landesverband Bayern,
am 24./25. März 2001 in Puc, Westböhmen

Herausgegeben von der Redaktion
der Deutsch-Tschechischen Nachrichten

DTN-Dossier Nr. 1
**Tschechen und
Deutsche gemeinsam gegen den Fa-
schismus
1933 bis 1938**

Herausgegeben
von der Redaktion der
Deutsch-Tschechischen Nachrichten,
Schwanthalerstr. 139 Rgb.,
80339 München

Bestelladresse:
GNN-Verlag HH/SH
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20
Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de
Preis: 3 + Versand